

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 27. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Einladung.

Am 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt
 haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises.
 Unsere

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
 werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
 halts unseres Blattes angesehen. Durch unsere

Unterhaltungs-Beilage
 ist dem Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser und Leserinnen
 in reichstem Maße Rechnung getragen worden.

Den im Februar von uns veröffentlichten Theil des aus-
 gezeichneten Romans

Jakob der Letzte
 von Peter Rosegger

liefern wir neu eintretenden Abonnenten auf Wunsch nach.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie
 unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
 ments zum Preise von

1,10 M. für den Monat März
 entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897
 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Die Zuckerprämie in Frankreich.

Paris, den 23. Februar.
 Die Deputiertenkammer hat vierzehn lange Tage hindurch
 ein unbeschreibliches Schauspiel geboten. Nichts Zämerlicheres
 und zugleich Spasshafteres läßt sich denken, als diese Reden,
 als all diese Anträge, als all diese Amendements und als all
 diese Abstimmungen, die einander widersprachen, aus denen
 kein Mensch klug wurde, und die mit stets wechselnden, stets
 aber geringen Majoritäten erfolgten und auch dem Ein-
 geweihtesten oft ganz unverständlich waren — und es noch
 heute sind.

Dieses Urtheil hat in der vorletzten Nummer des
 „Economiste“ Professor Leroy-Beaulieu, Professor der
 Nationalökonomie und offizieller Verteidiger des Finanz-
 schwindels, über die jüngsten Zuckerdebatten der Kammer
 gefällt. Er sagt nicht die ganze Wahrheit. Die
 Zucker-Exportprämie bedeutet 18—20 Millionen, welche
 das Land zu zahlen hat, damit sie einigen Duzend steinreicher
 Zuckerbarone in die Tasche gefleckt werden; sie bedeutet, daß
 die Kammer zur Börse der Politiker geworden ist; sie bedeutet
 den Kauf und Verkauf von Stimmen, die triumphirende
 Wiederanfertigung des Chefs.

Als der Antrag Jaurès, der dieses schändliche Geschäftchen
 verbotten hätte, mit einer Mehrheit von 40 Stimmen an-
 genommen wurde, zuckte ein bekannter Zucker-Arton die
 Achseln und meinte:

„Bah! Das sind 20 Stimmen mehr, die man kaufen muß.“
 Und richtig, am folgenden Tage stieß die Kammer ihre
 gefährliche Abstimmung um, und zwar, damit ja kein Miß-
 verständniß obwalte, durch drei neue Abstimmungen.

Diese Debatte, welche die Verfahrenheit und die Korruption
 der Kammer in so grelle Beleuchtung brachte, hat auch die
 gräßliche Anarchie der kapitalistischen Pro-
 duktion enthüllt, die nur den einen Zweck hat, Profite zu
 bringen.

Die Zuckerraffinerie haben eine Prämie von 4 Franks
 und von 4,50 Fr. für jedes Hundert Kilo Roh- und raffinirten
 Zuckers, das sie ausführen. Der Zucker, den sie in Frankreich
 für 1,20 Fr. und 1,40 Fr. das Kilo verkaufen, wird von ihnen
 den Engländern und den Türken für 60 und 50 Centimes
 das Kilo verkauft. Um dieses patriotische Geschäft zu be-
 günstigen, hat die Kammer jetzt die Zucker-Ausfuhr-
 prämien bewilligt. Das Schutzoll-System ist die Kunst, seine
 Landsleute zu plündern und den Ausländern billige Waaren
 zu liefern.

Die Zuckerraffinerie ist eine der monopolistischeren In-
 dustrien; die Raffinerien bilden in Frankreich ein Syndikat,
 das den Erwählten der Nation seinen Willen aufzwingt und
 sie zwingt, die Gesetze und die Privilegien zu bewilligen, die
 zum Gedeihen der Zuckerraffinerie und zur Bereicherung der
 Zuckerraffinerie erforderlich sind.

Das Gesetz von 1884, dessen Lob alle Deputirten mit
 Ausnahme der sozialistischen im Laufe der Diskussion gesungen
 haben, hat den Zuckerraffinerie während 12 Jahren 663 Millionen
 eingebracht, das heißt 54 Millionen das Jahr.
 Sein Mechanismus ist folgender: jeder Fabrikant, der über
 einen gewissen Prozentsatz hinaus Zucker aus Rüben gewinnt,
 bezahlt für den Ueberschuß keine Steuer. Die Fabrikanten hatten
 den Prozentsatz auf 5 Prozent festgesetzt, da sie aber 9, 10, 11
 und selbst bis über 13 Prozent Zucker aus den Rüben ge-

wonnen, so erhöhte die Regierung das Minimum der Zucker-
 gewinnung auf 6, 7 und 7 1/2 Prozent.

Die Zuckerbauern waren die ersten, welche die schlimmen
 Wirkungen dieses Gesetzes zu erproben hatten, das angeblich
 im Interesse der Landwirtschaft erlassen war. Um von der
 Fabrikationsprämie zu profitieren, machten die Raffinerie den
 Bauern zur Bedingung, daß diese ausgesuchten Zuckersamen ge-
 brauchten und den Boden intensiv düngten, damit die Rüben
 mehr Zuckergehalt bekommen. So vermehrten die Raffinerie
 ihre Profite und die Kosten der Landwirthe, denen sie die Rüben
 zum bisherigen Preis bezahlten.

Die Raffinerie bezahlten vor dem Gesetz von 1884, um
 100 Kilo Zucker zu gewinnen (1881—1882): für Rüben
 83,03 Fr. Und nach dem Erlaß des Gesetzes (1891—1892)
 bezahlten sie 24,67 Fr. Das ergibt eine Differenz von 8,36 Fr.
 zum Vortheil der Raffinerie.

Dagegen lieferte die Feltare Rübenland dem Bauer

1881—1882	722 Fr.
1891—1892	693 Fr.

Differenz: 29 Fr. — zum Nachtheile des Landwirthes.

Das Gesetz von 1884 ist auch für die in der Zucker-
 raffinierie beschäftigten Arbeiter nicht von Nutzen gewesen, wie
 nachstehende Tabelle zeigt:

1881—1882		1891—1892	
Zahl der Arbeiter	Löhne	Zahl der Arbeiter	Löhne
Männer . . . 49 100	3 Fr. 97 Cts.	44 079	3 Fr. 71 Cts.
Frauen . . . 8 308	2 „ „	8 752	1 „ 77
Kinder . . . 7 795	1 „ 76	2 738	1 „ 51

Auf der anderen Seite haben die Kosten der Herstellung
 von 100 Kilo Zucker sich für die Raffinerie beträchtlich ver-
 mindert:

1881—1882	1891—1892
Ausgaben an Rüben . . . 83 Fr. 03 Cts.	24 Fr. 67 Cts.
Ausgaben an Arbeit . . . 6 „ 12	2 „ 52
Ausgaben an Kohlen . . . 6 „ 20	8 „ 52
45 Fr. 35 Cts.	36 Fr. 72 Cts.

Also eine Verminderung der Ausgaben um 50 pCt.!

Die Zuckerraffinerie bereichern sich kolossal. Man hat
 während der Debatten Raffinerien namhaft gemacht, die in
 einem einzigen Jahre 265—270—376—445—460 t a u s e n d Fr.
 „verdient“ haben. Ein Raffineur im Departement der Somme
 brachte es sogar in einem Jahr auf die kaum glaubliche Summe
 von 1 078 000 Fr.

Diese unerhörte Prosperität kommt ausschließlich den
 Großen Kapitalisten zu gute, denn während die Zuckerproduktion
 sich riesig vermehrte, hat die Zahl der Zuckerraffinerien sich
 vermindert:

Raffinerien	Zuckerproduktion
1882 497	368 000 Tonnen.
1891 368	572 000
1896 357	750 000

Den 750 000 Tonnen Zucker, die im vorigen Jahr produziert
 wurden, sind noch die 120 000 Tonnen hinzuzufügen, die aus
 den Kolonien zum Bezug der Prämie hergeschafft wurden.

Also eine Gesamtproduktion von 870 000 Tonnen. Nun
 beläuft sich aber der Gesamtverbrauch Frankreichs auf 430 000
 Tonnen — 11 1/2 Kilogramm pro Kopf —; es bleibt demnach
 ein Ueberschuß von 440 000 Tonnen, der um jeden Preis ins
 Ausland geschafft werden muß.

Man sagt, die Spekulanten hätten 600 000 Tonnen auf-
 gekauft, die bei Inkrafttreten der Exportprämie ins Ausland
 geschleudert werden sollen. Da die Prämie für 100 Kilo Roh-
 zucker 4 Fr. und für 100 Kilo raffinirten Zucker 4 Fr. 50 Cts.
 beträgt, so werden die Spekulanten die Kleinigkeit von
 24 bis 27 Millionen verdienen — wovon die 1 oder 2 Millionen,
 mit denen sie die Deputirten, Senatoren und Minister zu
 kaufen hatten, abzuziehen sind.

In dieser schmachtvollen Debatte haben nur die sozialistischen
 Abgeordneten eine ehrenhafte Rolle gespielt.

Es ist bedauerlich — schreibt Leroy-Beaulieu in dem
 schon angeführten Artikel — daß man in dieser Debatte
 die Initiative aller Verbesserungsanträge, von denen
 einige unpraktisch, andere aber durchaus annehmbar waren,
 Herrn Jaurès überlassen hat. Dadurch hat man den
 Sozialistenführer auf ein höheres Postament gestellt und
 ihn in die beneidenswerthe Lage gebracht, in vielen Fällen
 den gesunden Menschenverstand vertreten zu
 haben, und man hat ihn obendrein zum Haupt der 220
 bis 250 Deputirten, die gegen das Gesetz stimmten, erhoben.“
 Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Heute erfolgte die bereits vor-
 gestern begonnene und dann vertagte Beratung über
 den Etat der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Diese Be-
 rathung wurde vorzugsweise von dem Genossen Bueß wahr-
 genommen, um die zahlreich vorhandenen Mißstände bei den
 Reichs-Eisenbahnen zur Sprache zu bringen. Die mißlichen Be-
 hältnisse der kleinen und mittleren Beamten wurden von ihm
 besonders hervorgehoben, daneben aber noch eine solche Menge
 anderer Mißstände, daß wir den Leser schon auf den parlamen-
 tarischen Bericht verweisen müssen. Tief gekränkt in ihrem
 nationalliberalen Patriotenergen durch eine Bemerkung
 Bueß über die Verpreßung Süddeutschlands sprengten
 die Herren von Heyl und Graf Oriola in die
 Schranken, um sich aber nur von unseren Genossen

von Vollmar und Bueß eine gehörige Abfertigung
 zu holen. Bezeichnend war das Stillschweigen der Re-
 gierungs-Vertreter gegenüber allen Anklagen des Ge-
 noffen Bueß, ein Stillschweigen, das der Herr
 Minister v. Thielen gelegentlich damit motivirte, daß
 Genosse Bueß frühere Erklärungen der Regierungen als
 „Rebensarten“ bezeichnet hatte — allerdings ein billiger
 Schweigegrund, wie Genosse Bueß treffend erwiderte. Nach
 Erledigung des Etats der Reichseisenbahn-Verwaltung wurde
 in vorgerückter Stunde noch in die Berathung des Etats des
 Reichsamts des Innern (Versicherungswesen) eingetreten.

Der Referent Dr. Lieber erwähnte, daß auch in der
 Kommission die Differenzen zwischen dem Reichsamts des Innern
 und dem Reichs-Versicherungsamt zur Sprache gekommen seien.
 Regierungsseitig sind diese Differenzen in Abrede gestellt. Die
 Kommission beantragte einstimmig unter Anerkennung der all-
 seitig gewürdigten Verdienste des Reichs-Versicherungsamtes
 dem Direktor desselben das Gehalt zu bewilligen.

Unser Genosse Brühne schloß sich diesem Antrage an
 und brachte derselbe dann eine Reihe von Beschwerden über die Hand-
 habung der Versicherungsgesetze zur Sprache. Der Abg. Köstke
 gab zu erkennen, daß er trotz aller Ablehnungen doch an die
 Differenzen zwischen den Reichsamtern glaube. Weiter fragte
 der Redner an, ob denn noch immer nicht die Mittel
 vorhanden seien, das längst geforderte Museum für
 Unfallverhütung einzurichten. Auf eine frühere Anfrage
 habe Herr von Bötticher erklärt, er sei für ein solches
 Museum, aber der Schatzkammer der Finanzen habe Bedenken
 wegen der Kosten. Es waren für einmal 10 000 Mark — und
 eine jährliche Ausgabe von 5000 Mark — gefordert. Sollte
 das Reich mit seinem Milliarden-Etat diese Lappalie
 nicht aufbringen können? Minister v. Bötticher ant-
 wortete auf diese Frage mit einem verlausulirten Nein.

Die Arbeiter werden sich dieses Nein merken. Weiter bestritt
 der Minister noch einmal sehr energisch die Existenz von
 Differenzen mit dem Reichs-Versicherungsamt.

Hierauf griff unser Genosse Wurm noch in die De-
 batte ein, indem er darlegte, daß das Museum für Unfall-
 verhütung denn doch eine höhere Bedeutung habe, als der
 Minister denselben beizumessen scheine. Leider seien im
 Reich zwar für alle kulturfeindlichen Unternehmungen
 Millionen vorhanden, zum Schutze der gesunden Knochen der
 Arbeiter sind aber nicht einmal 5000 Mark jährlich locker zu
 machen. Dieses Verhalten wird denselben Arbeitern gegenüber
 beobachtet, auf deren Schultern man durch das System
 der indirekten Steuern fast die gesammte Steuer-
 last des Reiches lege. Hierauf wurden die Gesetze über
 die Lohnbeschlagnahme, über die Konvertirung der Reichs-
 anleihe, über die Zwangsversicherung und die Grundbuch-
 Ordnung ohne Debatte angenommen und dann die Sitzung
 geschlossen.

Die nächste Sitzung wird erst am Montag, 8. März, statt-
 finden. Die Pause soll von den Kommissionen zur Vor-
 bereitung der Vorlagen benutzt werden. —

Das preussische Abgeordnetenhaus erklärte heute zunächst
 nach unerheblicher Debatte die Wahl des polnischen Ab-
 geordneten Dr. v. Wolzlegier für ungültig und
 überwieß sodann den Gesetzentwurf betreffend die Er-
 weiterung des Stadtkreises Breslau an die Gemeinde-
 kommission. Die zweite Lesung des Etats der landwirth-
 schaftlichen Verwaltung, in die das Haus hierauf trat,
 bietet unseren Agrariern seit Jahren die Gelegenheit, ihrem gepreßten
 Herzen Luft zu machen. Von den „großen Mitteln“, dem Antrag
 Kaniß und der Doppelwährung, war heute nicht die Rede, statt
 dessen brachten sie soviel kleine Mittel in Vorschlag, daß die Re-
 gierung, wenn sie auch nur einen Theil davon bewilligen wollte, auf
 Jahre hinaus mit der Ausarbeitung von Gesetzesvor schlägen verzo-
 gert wäre. In anderthalbstündiger Rede trug Abg. Camp (L.) an der
 Hand der bekannten Denkschrift des Landwirtschafts-Ministeriums
 seinen Wunschzettel vor. Natürlich gehen ihm die bisherigen
 Anwendungen für die Landwirtschaft nicht weit genug; er ver-
 langt u. a. die Abschaffung der Bewährung eines Kollredits für
 Getreide, eine Beseitigung der gemischten Transitzölger, staatliche
 Viehverhütung nach dem Muster Bayerns, einen Deklarations-
 zwang für Margarine, von dem er sich mehr verspricht, als von
 dem beabsichtigten Gebot des Verkaufs von Butter und Margarine
 in getrennten Räumen. Ferner fordert er, daß die Behörden,
 namentlich das Kriegsministerium, nur inländische Produkte kaufen,
 daß die Kosten der sozialen Gesetzgebung für die Landwirtschaft
 verringert werden, da die Landwirtschaft nicht mehr in der Lage
 sei, diese Kosten zu tragen, und endlich wünscht er in bekannter
 agrarischer Genügsamkeit eine Verbilligung des Realcredits, zumal
 da durch die Worte des Reichsbank-Präsidenten Dr. Koch im Reichstage
 vor wenigen Monaten die landschaftlichen Pfandbriefe in Mißkredit
 gekommen seien. Die Wirkung des Zuckersteuergesetzes ist nach
 seiner Meinung keine besonders günstige, hingegen hat sich das
 Branntweinsteuergesetz bewährt. Allerdings sei der Konsum zurück-
 gegangen, aber dieser Schaden ließe sich dadurch heben, daß man
 einen höheren Zoll als den bestehenden auf Petroleum
 einführt, denn dann würde man vielleicht bald dazu kommen, im
 Spiritus einen Ersatz für das Petroleum zu finden. Wie das
 geschehen soll, scheint freilich Herr Camp selbst noch nicht zu wissen.

Ebenso wie Abg. Camp, so brachte auch Abg. v. Wendel-
 Steinfels (Konf.) eine Reihe von Wünschen vor. Ihm liegt vor
 allem an einer Vertheuerung des Fleisches, zu welchem
 Zweck er — unter dem Schein der Fürsorge für die Gesundheit
 der Arbeiter — verschiedene Vorschläge machte, die freilich
 in erster Linie geeignet sind, die Taschen der Agrarier zu
 füllen. U. a. regte er auch einen Schutzoll für Wolle an. Charak-
 teristisch waren seine Aeußerungen über die ländlichen Fort-
 bildungsschulen; die jungen Leute sollten dort Gelegenheit
 haben, ihre elementarischen Schulkenntnisse zu erweitern, sie sollten

u wahrer Vaterlandsliebe, Moral und Religion erzogen werden; würde aber der Lehrer versuchen, dort in Chemie und Physik heranzuzugreifen, so sei die Sache gefährlich — mit anderen Worten, die Fortbildungsschulen sollen zur Verdrümmung der Jugend, nicht aber zur Bildung dienen. — Seitens der Regierung wurde in Aussicht gestellt eine Vorlage betreffend die Reform des Verkehrs auf den Viehmärkten, betreffend den Verkehr mit Dünger und eine Umgestaltung des Landes-Deponiekollegiums. Die Debatte, an der sich noch die Abgeordneten v. Sander (nast.), Szumala (B.) und Hansen (L.) beteiligten, wird morgen fortgesetzt.

Der griechische Zwischenfall kann als erledigt gelten. Wer immer hinter der Regierung von Athen gestanden haben mag, so viel ist jetzt offenbar geworden, daß keine Macht im gegenwärtigen Augenblick einen Krieg zu beginnen wagt. Griechenland wird sich, sobald es Ernst sieht, zur Zurückziehung seiner Truppen entschließen, gerade wie es dies 1868 that, wo schon ein ganz ähnlicher Miniatur-Staatsstreik gespielt worden ist. Auch damals hatten die Griechen — auch in Abwesenheit türkischer Truppen, die von der europäischen Diplomatie zurückgehalten wurden — die Insel durch feierliche Proklamation an Griechenland angegliedert.

Daß die Türkei ernsthafteste Schwierigkeiten bereiten werde, kann niemand in Ernst glauben. Ebenso wenig ist aber anzunehmen, daß sie ihre Rüstungen nun auf einmal einstellt. Das wäre mehr als unwürdig.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus Athen vom gestrigen Tage ist dort eine Kollektivnote der Mächte eingegangen, welche heute der griechischen Regierung offiziell überreicht werden soll. Bis Montag muß sich die griechische Regierung entscheiden, ob sie ihre Truppen aus Kreta zurückziehen oder die Zwangsmaßregeln der Großmächte abwarten will. Die Vereinigten Staaten scheinen im wesentlichen den Standpunkt der europäischen Großmächte zu theilen, denn nach dem „Standard“ soll sich Staatssekretär Olney gewelgert haben, Griechenland den Beschlusantag des Senats mitzutheilen, in dem der Senat Griechenland seine Sympathie ausdrückt und die griechische Einmischung auf Kreta billigt.

Ueber die Lage auf Kreta liegen die folgenden Meldungen vor:

Nachdem die vor Kreta lagernden Türken das Feuer gegen die Christen eröffnet hatten, hielten letztere eine weiße Flagge, um den Admiralen zu zeigen, daß sie nicht die Herausforderer gewesen seien. — Die Wolade der Insel Kreta wird jetzt auf das schärfste durchgesehen. Es beginnt bereits Mangel an Lebensmitteln auf Kreta fühlbar zu werden. Ein englisches Torpedoboot hat die Vermittlung des Verkehrs zwischen dem griechischen Hauptquartier an der Küste der Insel und der Regierung in Athen übernommen.

Deutsches Reich.

— Zur Revision des preussischen Vereinsgesetzes schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“, die die nicht schwere Aufgabe verbinden, gleichzeitig für die Interessen der Großindustriellen und der Regierung einzutreten:

Wenn die preussische Regierung gleichwohl an der Absicht festhält, noch in der laufenden Landtags-Session mit einem bezüglichen Gesetzesvorschlag vor den Landtag zu treten, so behält sie sich doch andererseits nach den wiederholten Erklärungen des Herrn Ministers des Innern völlig die Entscheidung darüber vor, ob und in wie weit das Vereins- und Versammlungs-gesetz vom 11. März 1850 noch in anderen Punkten als betreffs des Verbots der Verbindung politischer Vereine zu ändern oder zu ergänzen sein möchte. Daß es nicht lediglich mit der Aufhebung jenes Verbots sein Bewenden haben wird, darf schon jetzt als sicher angenommen werden. Einige andere Bestimmungen des geltenden Gesetzes sind so vollkommen veraltet und unhaltbar, daß, wenn einmal die bessere Hand an das Vereins- und Versammlungs-gesetz gelegt werden soll, daran gar nicht vorbeizugehen werden kann. Schon deshalb erscheint es auch ausgeschlossen, daß ein etwaiger Vorschlag, sich lediglich auf die Aufhebung des Verbindungsverbots zu beschränken, die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren finden würde. Wie weit in der Aenderung des bestehenden Vereins- und Versammlungsrechts zu gehen sein wird, hängt von verschiedenen Umständen ab. Das, was vom Standpunkt der Staatsraison wünschenswerth ist, bildet den einen, die Erreichbarkeit den anderen Pol. Auch sprechen Rücksichten der allgemeinen Politik des Reiches, wie Preussens, ein gewichtiges Wort mit. Alle diese Momente bedingen eine überaus sorgsame Abwägung im ganzen wie im einzelnen und es liegt bei der jetzigen geschäftlichen Lage des Landtages, welche jeder neuen Belastung für die Zeit bis Ostern widerstäh, gar kein Anlaß vor, diese Abwägung nicht in aller Ruhe und mit größter Sorgfalt vorzunehmen. Im Landtage selbst ist man durchaus damit einverstanden, wenn die Novelle zum Vereins-gesetz erst nach Ostern eingebracht wird.

Wenn der Entwurf vorliegen wird, soll es an unserer Kritik nicht fehlen. Das Verbot der „Berl. Pol. Nachr.“ registriren wir der Vollständigkeit wegen; ein Eingehen darauf erübrigt sich aber.

— Als ein sonderbarer Heiliger erweist sich im neuesten Heft der Preuss. Jahrbücher Prof. Hans Delbrück. Aus dem Ausgange des Hamburger Streiks beweist er klipp und klar, daß die Arbeiter sich nunmehr definitiv von — der Sozialdemokratie trennen werden. Er schreibt:

Die große Aufgabe, vor die unsere heutige Sozialpolitik gestellt ist, ist die Identität von Arbeiterkraft und Sozialdemokratie aufzulösen. Sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer haben heute kein Interesse an dieser Trennung; im Gegentheil, beide Parteien wünschen die möglichste Verschmelzung: die Arbeiter, weil sie durch die Sozialdemokratie noch die Erlangung irgend welcher Utopien erhoffen; die Arbeitgeber, weil sie hoffen, gegen eine sozialdemokratische Arbeiterkraft auf die Hilfe der Regierung rechnen zu dürfen. Sie wollen keinen nationalpolitischen, patriotischen Arbeiterstand. Jede Arbeiterbewegung soll und muß sozialdemokratisch sein; jeder Unpatriotische, also namentlich jeder Professor oder Pastor, der irgend eine Arbeiterforderung für berechtigt erklärt, ist deshalb ebenfalls ein Sozialdemokrat. Im Interesse des Staats, im Interesse der Regierung liegt das Entgegengesetzte: wir müssen alles daransetzen, daß die Arbeiterbestrebungen sich von der Sozialdemokratie trennen und sich streng an ihre Gewerkschaft und Berufssphäre beschränken. Die Hamburger Niederlage muß die Arbeiter logischerweise auf diesen Weg führen.

Die Arbeiter sollen also derjenigen Partei den Rücken kehren, die die einzige war, die sich ihrer Interessen angenommen hat? Diese Logik wird den Arbeitern wohl zu hoch sein. — Nebenbei würde Herr Delbrück dadurch, daß er die Arbeiter der Sozialdemokratie abspennt, sein Ziel: eine anständige, arbeitserfreundliche Sozialpolitik, noch lange nicht erreichen. Mögen sich die Arbeiter Sozialdemokraten nennen oder sonstwie: sie werden in dem Augenblick nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von der Polizei und dem ganzen Staatsapparat bekämpft werden, wo sie dem Kapital mit Forderungen und Ansprüchen auf den Leib rücken. Die Hilfe der Regierung steht den Unternehmern nicht nur gegen sozialdemokratische Arbeiter zur Verfügung, sondern bei jeder Arbeiterbewegung, die darauf abzielt, die Arbeiterklasse zu heben, zu emancipieren und aus der all-angestammten Abhängigkeit zu befreien, wie ja das Professor Delbrück nicht unbekanntes Vorgehen des Königs Stumm gegen jede Organisation der Arbeiter beweist.

— Der Reichstags-Abgeordnete, Rektor a. D. Ahlwardt beabsichtigt in den nächsten Tagen seinen Wahlkreis Friedeberg-Krnsvalde zu bereisen und in denselben Versammlungen

abzuhalten. In Friedeberg soll der Anfang gemacht werden. So-bald sind noch Versammlungen in Driesen, Woldenberg, Krnsvalde, Reetz, Neuwedel u. s. w. geplant. Demnach scheint festzustehen, daß Ahlwardt die bestimmte Absicht hegt, im dortigen Wahlkreis bei den nächsten Wahlen wieder zu kandidieren. — Im Anschluß an obige Wahl bringt die „Friedeburger Zeitung“ folgendes „Eingefandt“:

Der Reichstags-Abgeordnete Ahlwardt soll die Absicht haben, in diesen Tagen hier in Friedeberg einen öffentlichen Vortrag zu halten. Auf diese Nachricht hin hat der Vorstand des hiesigen konservativ-antidemokratischen Wahlvereins für Friedeberg und Umgebung beschloffen, sich Ahlwardt gegenüber völlig ablehnend zu verhalten und ihn in keiner Weise zu unterstützen. Dagegen bringt der Wahlverein der Absicht des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg, welcher in nächster Zeit hier sprechen will, seine Sympathien entgegen.

Seine Unterschiede verstehen die Konservativen des Wahlkreises Krnsvalde-Friedeberg zu machen. —

— Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit für die Presse ist das neueste Problem, das sich die Staats-anwaltlichkeit in Halle a. S. gestellt hat. Morgen findet dort ein Prozeß gegen das „Volkblatt für Halle und den Saalkreis“ statt, bei dem der leitende Redakteur Thiele, der nicht als verantwortlicher gezeichnet, als Angeklagter auf dem Arsenalüberbänken sitzen wird. An sich und als Präzedenzfall ist der Prozeß überhaupt bedeutungsvoll. —

— Die Sach gegen die Professoren hat gewirkt, sie ziehen sich, wie König Stumm es wünscht, in ihre Studierstuben zurück, das geht aus der folgenden Meldung hervor:

Rektor und Senat der Berliner Universität haben den „M. P. C.“ zufolge den von 62 Mitgliedern des akademischen Lehrkörpers gestellten Antrag auf Errichtung populärer Hochkurse mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

— Die Redaktion der „Zeit“ theilt gegenüber der Redaktion der „Post“ über bevorstehende Veränderungen in dem Blatt mit, daß Redakteur Oberwinder allerdings ausscheiden wird. Dama-sche ist zwar nicht als neuer Redakteur eingetretten, aber seine dauernde Mitarbeit ist in Aussicht genommen. Die Stellung Raumann's und v. Gerlach's zur Zeitung bleibt die bisherige. —

Kiel, 23. Februar. (Eig. Ber.) Am 1. April tritt der Ober-präsident von Schleswig-Holstein v. Steinmann in den Ruhestand und da ist unter seinen Nachfolgern auch verschiedentlich der frühere Minister v. Köller genannt worden. Ergötzlich ist es nun zu sehen, daß die Nationalliberalen unserer Provinz bei dem Gedanken an diesen Oberpräsidenten anfangen kleinlaut zu werden. Das hiesige nationalliberale Organ, die „Nord-Ostsee-Ztg.“, entnimmt der „Nat.-Ztg.“ einen Artikel, in welchem besonders in der Person des früheren Ministers (mit dessen Umsturzbelämpfung man so sehr zufrieden war) beruhende Umstände ihn als wenig für diesen Posten geeignet erscheinen lassen. Die Sinnesart vom altpreußischen Konservatismus, wie er sich namentlich in dem ostelbischen Junkerthum darstellt und als dessen Typus gerade Herr v. Köller gilt, vertrage sich nicht mit den Anschauungen der Bewohner unserer Provinz. Zum Schluß wird dann betont, daß ein „Fehlgriff in der Besetzung des Postens zweifellos zu einer Stärkung der radikalen Elemente beitragen würde, deren Vorhandensein bisher nicht auf eine Entwicklung im Lande, sondern auf Einwanderung aus anderen Landestheilen zurückzuführen war. Auf den Unsinn der Behauptung, daß alle die vielen tausende von Sozialdemokraten und Dänen in unserer Provinz (damit sind ja unbedingt die radikalen Elemente gemeint) aus anderen Landestheilen eingewandert seien, verlohnt es sich nicht einzugehen, aber wenn durch Herrn v. Köller diese „Elemente“ gefährdet werden, könnten wir uns gar keinen besseren Oberpräsidenten wünschen. —

— Der Donauschwärmer Erfolg der Nationalliberalen bleibt nicht unbesritten. Sozialdemokraten und Zentrumsleute wollen diese Nachwahl für den Reichstag anfechten. —

— Soldatenselbstmord. Die „Münchener Post“ schreibt: Ein junges, hoffnungsvolles Menschenleben ging ans Verzuweilung in den Tod. Früh 3—4 Uhr erdönte in der Nähe der Bruder-mühlstraße ein Schuß und morgens 8 Uhr wurde ein Soldat des 8. Feld-Artillerie-Regiments mit durchschossener Schläfe todt aufgefunden. Der Anblick des todt jungen Mannes ist nicht zu beschreiben.

Von anderer Seite wird über den sensationellen Soldatenselbstmord berichtet:

Die Leiche lag mit eingebogenem Knie auf dem Rücken, der rechte Arm war ziemlich ausgestreckt, die rechte Hand zeigte deutlich in der Fingerstellung, daß sie den Schuß abdrückte und nebenan lag ein Revolver. Am Hockfasser der Uniform stand der Name: Paul Scheubenzuber. Die Knöpfe und Knäpfe wiesen aus, daß der Mann dem III. Artillerie-Regiment, 5. Batterie, angehörte. In den Taschen des Todten fanden sich 50 Pfennige in Geld vor, sowie eine Note über einen Revolver mit 60 scharfen Patronen. Die Leiche wurde in die Todtenkammer des Militärspitales überführt. Um 8 Uhr morgens brachte der Briefträger einen Brief zu Händen der Eltern des jungen Selbstmörders, die in der Badestraße wohnhaft sind. Der Vater ist Zimmermeister, die Mutter betreibt ein Speisereisgeschäft.

Dieser Brief lautet wörtlich:

„Allerliebste, schwergeprüfte Eltern!

Es ist dies der letzte Brief, den ich mit Zittern und Weinen an Euch richte.

Der ganz (folgt ein sehr scharfer Ausdruck) Sergeant Zentmaier und Unteroffizier Müller sind es, die mich gezwungen haben, meinem qualvollen Leben ein Ende zu machen.

Dieses haben mich derart mit Schimpfworten und Drohungen traktirt, daß es mir als Mensch mit Ehre ich mich von solchen — z. B. als Halbmann und sonstige schöne Namen nicht gefallen lassen kann. Heute, morgens, war ich im Stall und mußte die Pferde mit Stroh abreiben. Da kam der Sergeant Zentmaier zu mir in den Stall hinein und nahm mir beide Strohwische aus der Hand, rief mir dieselben im Gesichte herum und sagte, da kann man nicht einmal mich abreiben damit, weil die Strohwische zu klein seien.

Allerliebste Eltern! Verzeihet mir den bösen Schritt, den ich gemacht habe. Alles was mir gehört, das Kupferzeug, das Werkzeug, die Schnardrücke überhaupt alles, das schenke ich der lieben Mutter und der Babettl, meiner lieben Schwester.

Ich bitte Euch um Verzeihung, lebet wohl auf Wiedersehen im Jenseits.

Euer dankbarer Sohn

Paul Scheubenzuber geschrieben abends 7 Uhr im Gasthause Freund Goldener Storch in der Göthestraße. Lebet wohl, lebet wohl! Auf Wiedersehen.“ Ueber die Person des Unglücklichen erfährt das „N. N. Tagebl.“: Der Unglückliche ist der Sohn des Zimmermeisters Jakob Scheubenzuber dahier. Er ist geboren am 26. Dezember 1877, steht also im 20. Lebensjahre. Er besuchte die Bürgerschule, später die Volksschule, bildete sich nachher im Geschäfte seines Vaters aus, war auch einige Zeit als Zeichner bei Zimmermeister Gg. Leib thätig. Am 18. November v. J. trat er freiwillig ins 8. Artillerie-Regiment ein. Der junge Mann diente freundlich und gern, war stets guter Laune, wenn er Besuch bei seinen Eltern oder Verwandten abstellte, und lobte stets die freundliche, humane Behandlung seitens seiner Vorgesetzten.

Dies änderte sich mit einem Schlage seit dem 6. Februar dieses Jahres, als sein bisheriger Sergeant aus der Batterie aus- und Sergeant Zentmaier dafür eintrat. Seit dieser Zeit war der junge Mann traurig und verschlossen, was die Angehörigen besorgte machte.

Auf Befragen gab er ausweichende Antworten, nur einer Lante gegenüber äußerte er auf Befragen, wie es ihm ginge: „Ich kann und will es gar nicht sagen, wie es mir jetzt geht; schrecklich ist es mir noch, daß ich dies Leben fast noch zwei Jahre aushalten soll.“

Mülhausen. Von prinzipieller Wichtigkeit für die Entwicklung des Gemeinwesens im Reichsland ist ein Antrag, den die

beiden sozialdemokratischen Vertreter im Mül-hauser Stadtrath demnächst einzubringen gedenken. Derselbe lautet:

Der Gemeinderath wolle beschließen: Der Herr Bürgermeister wird beauftragt, mit sämmtlichen Gemeindeverwaltungen der Orte von 2500 und mehr Einwohnern, sowie der diesen gleichgestellten Orte Elßaß, Lothringens in Verhandlungen darüber einzutreten, ob und welche Orte zur Theilnahme an einem gemeinsamen Städtetage gewillt sind, dessen Tagesordnung noch näher festgestellt werden kann, für die aber der Gemeinderath Mülhausen bereits die beiden folgenden Punkte vorschlägt:

1. Die Frage der obligatorischen Anstellung von Militärwärtern im Gemeinbedienste und Stellungnahme zu derselben.
2. Die Einführung periodisch stattfindender Städtetage.

Oesterreich.

— Das Wachsthum der Sozialdemokratie. Die „Reichenberger Zeitung“ bespricht das Anschwellen der sozialdemokratischen Bewegung in Böhmen und meint darüber: „In den Wahlmännervahlen für die fünfte Kurie wurden bisher nahezu ausschließlich die sozialistischen Kandidaten gewählt. Dieses Ergebnis war zwar von vornherein in nicht-überfüllten, von der arbeitenden Klasse bewohnten Bezirken Nordböhmens, in industriellen Gegenden Mährens und anderer Länder nicht anders zu erwarten, doch müssen die riesigen Majoritäten, mit welchen die Sozialisten gewählt werden, berechtigtes Staunen erregen. Wie rapid muß die Sozialdemokratie an Ausdehnung gewonnen haben, wenn in einem Bezirke wie Tepitz, wo ihr kompaktes Auftreten in eine ziemlich junge Zeit fällt, in der allgemeinen Wählerklasse jedes andere Element als das sozialistische so gut wie verschwunden ist und unter achtundachtzig Wahlmännern vierundachtzig Sozialisten gewählt werden konnten. In anderen Bezirken war es nicht viel besser und schon heute kann man sagen, daß der Sieg der Sozialdemokratie in der fünften Kurie mehr Verluste bedeuten wird für die bürgerlichen Parteien, als die Optimisten derselben früher herausrechneten. Dieses Wachsthum wäre immer noch nicht gefährdend, wenn nicht Hand in Hand damit eine zunehmende lethargie der bürgerlichen Parteien ginge. Man braucht beispielsweise in Industriestädten nur die Ausübung des Versammlungsrechtes durch die Arbeiter und durch die Bürger-schaft zu vergleichen, um sofort den gewaltigen Unterschied zu erkennen, welcher großen Antheil heute der Arbeiter und welcher geringen der Bürger am politischen Leben nimmt. Was Nützlichkeit in der Agitation und Zielbewußtsein in der Organisation anlangt, so können die bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie be-läunlich sehr vieles lernen. Die Einheit des Strebens, die Festigkeit des Zusammenhaltens ist die Haupttugend der Arbeiter-partei, während die Bürger einander nach Nationalität, Race, Bekenntnis, Beruf aufs bitterste bekämpfen. Mit der Indolenz der Wählerschaft geht bei ihnen häufig Hand in Hand die Laueheit der Volksvertreter. Diese haben wenig oder gar keine Berührung mit ihren Wählern, kennen deren Bedürfnisse nicht, hören ihre Wünsche nicht. Kommt es zur Wahl, so reden sie den reinsten Honigseim, werden schmieglam und biegsam, versprechen das Blaue vom Himmel herunter, ja Manche entblößen sich nicht, ihre politische Gesinnung wie einen alten Rock zu wechseln, um auf dem Rücken des Volkes wieder ins Parlament zu gelangen. Es ist nur zu begreiflich, daß bei einer derartigen Deroute des öffentlichen Lebens, bei einer solchen Verflachung der politischen Grundfälle und einem solchen Mangel an politischem Ernst, pflichtgetreuen Männern sich ein großer Theil, vor allem der gemäßigten und besonnenen Theil der bürgerlichen Bevölkerung von der Wahl und damit von der Politik überhaupt ab-wendet, während die vorwärtstreibende Sozialdemokratie alles, was unzufrieden ist, mit sich fortzieht. In Oesterreich ist es schwieriger denn anderswo, die Staatsbürger nach großen Grundfällen zu gruppieren, ja gegenwärtig ist eine förmliche Paralyse der ehemaligen großen Parteien im Zuge. Jedenfalls wird die Sozial-demokratie bei den Wahlen hieraus den größten Vortheil ziehen, während es sehr fraglich ist, ob die bürgerlichen Parteien ihrerseits aus dem Siege der Umsturzpartei die notwendigen Folgerungen ziehen werden.“

Daß diese Darstellung des führenden liberalen Blattes Nord-böhmens nicht eine gleichgiltige Meinung einer Zeitung ist, be-weist der merkwürdige Umstand, daß das leitende Blatt der Mi-ttegehepartei, die Prager „Politik“, diese Auslassungen wörtlich, ohne ein Wort der Einschränkung abdruckt.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die Wahlmännervahlen:

„Die Wahlen in der Provinz erreichen dieser Tage den Höhe-punkt. Es wird immer sichtbar, daß die Sozial-demokratie die stärkste Partei ist, und wenn die Zahl der abgegebenen Stimmen über die Mandate den Ausschlag geben würde, so bräuchten wir keine Sorge zu haben. Aber das in-direkte Wahlrecht fälscht die Wahlen in so ent-schiedener Weise, daß aus den Siegen bei den Urwahlen auf das Ergebnis der Wahl in keinem Augenblick geschlossen werden kann.“

Nun hat auch die erste größere Stadt gewählt, Reichenberg, der Hauptstih der Deutsch-Nationalen in Böhmen. Die Niederlage der Deutsch-Nationalen ist fürchterlich, sie ist deshalb besonders bedeutungsvoll, weil sie das ganze Stadregiment mit Einschluß der Polizeiverwaltung in der Hand haben. Von 62 Wahlmännern sind 50 Sozialdemokraten gewählt worden, 12 kommen in die Stichwahl. Die vereinigten Segner, Liberale, Alerikale und Deutsch-Nationale, haben in Reichenberg bisher keinen einzigen Wahlmann durch-gebracht. Da auch die sonstigen Wahlnachrichten aus dem Wahl-freie Reichenberg außerordentlich günstig lauten, dürfte hier ein Sieg sicher zu erwarten sein.

Nach einer Meldung des „Dziennik Kralowski“ sind die Wahl-männervahlen in den Kralauer Landgemeinden zumist zu gunsten der Sozialisten ausgefallen. Die Wählerversammlungen in Neu-Saubce-Limanow haben einstimmig den Sozialisten Miskolet kandidirt.

Eine von zweitausend Wählern der fünften Kurie besuchte Ver-sammlung in Biala erklärte sich einstimmig gegen den christlich-sozialen Mandatswerber Rubik und proklamirte den Sozialdemo-kraten Englisch zum Kandidaten.

Wie aus Egernowitz berichtet wird, ist dort bei den Wahl-männervahlen die sozialistische Liste mit großer Majorität durch-gebrungen.

— Galizische Wahlbräuche. Wie die in Kralau erscheinende „Nowa Reforma“ berichtet, wurden in Pzewysl auf Verordnung der dortigen Bezirkshauptmannschaft am vergangenen Sonntag die der polnischen Bauernpartei angehörenden Landtags-Abgeordneten Stefan Nowakowski und Sento Witul verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Die für heute anberaumte Wahlmännervahl in Podmolecysta, zu welcher mehrere hundert Wähler er-schienen waren, wurde zum zweiten Male bis auf weiteres ver-schoben. —

Schweiz.

Zürich, 24. Februar. (Eig. Ber.) Unsere Schweizerischen Genossen tagten vorgestern 600 Mann stark in Winterthur zur Besprechung des zweiten Wahlganges für die Ersatzwahl in den Züricher Regierungsrath. Die am 7. Februar erhaltene große Stimmzahl von 15 000 hat auf unsere Genossen erhebend und begeisternd gewirkt und einstimmig beschloß die Versammlung, auf den zweiten Wahlgang hin eine energische Agitation zu entfalten, um die sozialdemokratischen Stimmen auf 20 000 zu bringen. — In Genf stellten unsere Genossen für die am nächsten Sonntag stattfindende Ersatzwahl in der Nationalrat den Genossen Lehrer Sigg als sozialdemokratischen Kandidaten auf. Die Radikalen (Liberale) überlassen dem Stih ohne Kampf den Konservativen, welche den Advokaten Dö-r als ihren Kandidaten aufgestellt haben. Wahrscheinlich wird ein Theil der Radikalen für den Sozialdemokraten stimmen; hinsichtlich

Eisenbahnbeamten ebenso hohe Gehälter erhalten wie die Preussischen. Denn die niedrigen Gehälter der Privatbahnen haben wesentlich dazu beigetragen, der Sozialdemokratie bei den Eisenbahnbeamten den Boden zu bereiten.

Abg. Graf Crisla (nall.) bezeichnet ebenfalls den Vertrag mit Preußen für notwendig.

Abg. v. Vollmar (Soz.) bestreitet, daß die beiden Vordredner im Namen Süddeutschlands sprechen könnten. Man habe in Bayern wenigstens keine große Sympathie für das preussische Beamtentum. Die Nationalliberalen repräsentieren nicht einmal die öffentliche Meinung Hessens, geschweige denn ganz Süddeutschlands. Furcht vor Preußen haben wir auch nicht; aber was wir thun können, uns vor dem preussischen Beamtentum und dem, was damit zusammenhängt, zu behüten, das werden wir thun.

Die laufenden Ausgaben werden darauf bewilligt. Von den einmaligen Ausgaben beantragt die Kommission die Summe von 1 000 000 Mark zum Bau einer zweigleisigen vollspurigen Hauptbahn von Busendorf nach Dillingen zu streichen.

Minister Thielen: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bahn im strategischen Interesse liegt. Inzwischen ist durch die Verhandlungen mit der Dillinger Hütte festgestellt, daß diese ihren Zuschuß von 40 000 auf 100 000 M. erhöhen will. Die Regierung bittet, durch Zurückverweisung des Titels an die Kommission ihr Gelegenheit zu geben, die Gründe für die Notwendigkeit dieser Bahn darzulegen.

Abg. Lieber (Z.) hält es nicht für angebracht, diesen Wünschen der Regierung zu widersprechen.

Abg. Hammacher (nall.) schließt sich dem Antrage auf Verweisung an die Kommission an.

Das Haus beschließt demgemäß.

Damit ist der Etat der Eisenbahnen erledigt.

Es folgt das an die Budgetkommission zurückverwiesene Kapitel: Reichs-Versicherungsamt, aus dem Etat des Reichsamt des Innern.

Der Berichterstatter Lieber (Z.) weist darauf hin, daß das Reichs-Versicherungsamt von großer Bedeutung sei, welches für 18 Millionen Deutsche als oberster Gerichtshof für die sozialpolitische Versicherung fungiert, und berichtet ausführlich über die Verhandlungen der Kommission, ob eine besondere Abtheilung geschaffen oder die Stellung des Amtes vom Reichsamt des Innern verändert werden müsse, und empfiehlt schließlich den folgenden Antrag der Kommission:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in dem nächstjährigen Etat beim Reichs-Versicherungsamt einen Theil der remunerirten, richterlichen Beamten durch etatsmäßig angestellte Richter zu ersetzen.“

Abg. Brühne (Soz.): Die Unternehmer führen Beschwerde über die Lasten der sozialpolitischen Versicherung. Die kleineren Unternehmer haben vielleicht ein Recht dazu, aber im allgemeinen sind die Lasten nicht erheblich. Es haben sich aber bezüglich der Arbeiter gewisse Verschiedenheiten herausgestellt, die es bedauern lassen, daß man nicht in der Versicherungsspflicht möglichst weit gegangen sei. Die Hauswörter sind als versicherungspflichtig erklärt worden, aber nicht als Arbeiter sondern als Unternehmer. (Präsident v. Bülow meint, daß die Invalidenversicherung nicht bei dieser Frage erörtert werden könne.) Neben bittet, in den Rechnungsergebnissen der Invaliden-Versicherungs-Anstalten davon Mittheilung zu machen, in wie vielen Fällen die Renten an die Gemeinden gezahlt sind, und bedauert, daß man eine Vertretung des Arbeiters vor dem Schiedsgericht nicht zugelassen habe. Für die Rückzahlung der Beiträge an sich verheiratete weibliche Versicherte sollte man die Anmeldegebühr der Forderung bei den Gemeindebehörden zulassen.

Abg. Graf Kautz (L.): Bei der ersten Berathung der Unfallversicherung-Novelle hat ich, daß möglichst bald die Novelle zur Invalidenversicherung vorgelegt werden möge, weil diese viel dringender sei. (Präsident v. Bülow unterrichtet den Redner mit der Mittheilung, daß die Vorlage heute im Laufe der Sitzung eingegangen sei.) Ich werde das, was ich weiter zu sagen habe, bei der Berathung des eingegangenen Entwurfs vortragen.

Abg. Rösche (b. L.): Das Reichs-Versicherungsamt ist nicht bloß ein oberster Gerichtshof, sondern auch eine zum Theil wenigstens selbständige, endgiltig entscheidende Verwaltungsbehörde. Die Berufungsgewalt hat auch für die Unfallversicherung zu sorgen. Bedauerlich ist, daß trotzdem die Zahl der Unfälle sich vermehrt hat. Es muß aber noch mehr geschehen und zur Förderung der Unfallverhütung sollte man ein Museum für Unfallverhütung einrichten und öffentlich zugänglich machen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe mich für die Errichtung eines Unfallverhütungsmuseums von vornherein interessiert. Der Herr Schatzsekretär hat aber Bedenken getragen, meine Forderung zu bewilligen, weil er fürchtet, daß die fortwährende Ergänzung der durch neue Erfindungen verbesserten Maschinen und Unfallverrichtungen sehr große Mittel erfordern würde. Ich gebe für meine Person die weitere Verfolgung der Idee noch nicht auf. Der Vordredner hat den Gedanken einer Kollision zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichs-Versicherungsamt noch nicht aufgeben können, obwohl ich mich über diesen Punkt in der Budgetkommission sehr deutlich ausgesprochen habe. Von Kollisionen kann wirklich nicht gesprochen werden. Ich weise es zurück, daß zwischen dem Herrn Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes und mir ober meinem Amte irgendwelche persönlichen unfreundlichen Beziehungen bestehen können, und was den Dienst anlangt, so kann man da überhaupt nicht von Kollisionen sprechen. Da kann es wohl Meinungsverschiedenheiten geben, aber von Kollisionen im Dienste zwischen vorgeordneten und nachgeordneten Behörden kann überhaupt nicht die Rede sein. Man kann ja sehr wohl den Sach ausstellen, daß das Reichs-Versicherungsamt nach seiner rechtsprechenden Verwaltungstätigkeit auf einen höheren Etat gebracht werde. Sobald man aber an die praktische Ausgestaltung der Idee geht, stößt man auf kolossale Schwierigkeiten. Eine Schwierigkeit ist für mich unüberwindlich. Wird der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes Staatssekretär, so muß der Reichskanzler einen anderen Staatssekretär wählen können. Als oberste Gerichtsinstitution darf dies aber nicht sein, da dann das Vertrauen zu seiner Rechtsprechung verloren geht. Als Chef einer großen Verwaltung kann ich nicht zu Gunsten eines Ressors vorgehen. Wenn die Wünsche der Freunde des Reichs-Versicherungsamtes — zu diesen rechne ich mich auch — noch nicht in so hohem Maße erfüllt sind, so wollen Sie dies gefälligst auf Konto dieser Betrachtung stellen. Der Notwendigkeit organisatorischer Schöpfungen im Reichs-Versicherungsamt sind wir jetzt überhoben. Für seine Entscheidungen liegt eine ganze Reihe von Präzedenzfällen vor. Dagegen, daß ich irgendwie die Verwaltungs- und die rechtsprechende Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes in einem minderen Lichte erscheinen lassen will, muß ich mich verwahren. Ueber die Entlastung dieses wichtigen Amtes und die Frage einer anderweitigen äußeren Stellung kann man nicht diskutieren, solange man nicht weiß, was aus den Vorschlägen der verbündeten Regierungen über die künftige Geschäftsführung dieses Amtes beschlossen wird. Der Resolution stimmen wir zu, es kann ihr aber erst Folge gegeben werden, nachdem § 90 des Unfallversicherungsgesetzes, wonach zu Spruchsituationen des Reichs-Versicherungsamtes zwei richterliche Beamte hinzugezogen werden müssen, beseitigt ist. Für den Antrag stimme ich dankbar.

Abg. Bachnitz (fr. Bg.) hält es für notwendig, angesichts der großen Bedeutung des Reichs-Versicherungsamtes dessen Stellung zu heben.

Abg. Warm (Soz.): Ein Museum für Unfallverhütungsvorrichtungen ist notwendig, sowohl für die Arbeiter als auch für die Unternehmer, welche solche Unfallverhütungsvorrichtungen herstellen und für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten; denn man muß wissen, welche Vorrichtungen bereits vorhanden sind. Für das Museum sollten sich auch die Berufsgenossenschaften materiell interessieren.

Die Ausgaben für das Reichs-Versicherungsamt werden darauf bewilligt.

Die Resolution wird angenommen.

In dritter Lesung genehmigt das Haus darauf den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Dienstlohnens und den Gesetzentwurf betreffend die Kündigung und Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe.

Der Gesetzentwurf über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung wird in zweiter Berathung auf Antrag des Abg. Wasser mann en bloc einstimmig angenommen, nachdem der Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt hatte, daß die Sozialdemokraten ihre Anträge wegen des Schutzes der Bauhandwerker nicht wiederholt haben, weil die Regierung erklärt habe, daß eine Vorlage in Vorbereitung sei.

In derselben Weise wird auf Antrag des Abg. Wasser mann der Entwurf einer Grundbuchordnung en bloc einstimmig angenommen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Montag, den 8. März. Der Präsident wird ermächtigt, die Tagesordnung selbst festzustellen.

Die Tage in Hamburg.

Nachdem die Senatskommission die Untersuchung der Verhältnisse im Stauergewerbe beendet hat, hat sie beschlossen, nun die Arbeitsverhältnisse der Stauereure Berlins u. a. gefast, auf Bau werde nicht in Akord gearbeitet. Es wird im Gegentheil fast ausschließlich in Akord gearbeitet.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission bestätigt hierdurch, daß ihr vom Verein „Charlottenburger Theaterfreunde“ 101,95 M. (darunter 10 M. von Bernide) für die streikenden Beisenselber Schuhmacher zugesandt worden sind. Sammellisten für letztere sind beim Obmann der Kommission Otto Flemming, Schlüterstr. 71, zu haben.

Die Grün-Kornbaker von Friedrichsfelde haben gestern ihren Meistern einen neuen Lohnarif unterbreitet und ihnen 8 Tage Bedenkzeit gewährt. Bei Ablehnung der Forderungen wollen die Schiffsleute die Arbeit niederlegen.

Der dritte internationale Kongress der Textilarbeiter wird in den Tagen vom 9. bis 14. August d. J. in Roubaix in Frankreich abgehalten. Der erste Kongress war 1894 in Manchester in England, der zweite 1896 in Gent in Belgien. Zur Zeit versendet das Organisationskomitee, dessen Sitz in Roubaix, Boulevard de la Liberté 73 ist, Einladungen an alle Verbände von Textilarbeitern und verwandter Branchen. Den Ehrenvorsitz im Komitee führt der bekannte sozialdemokratische Bürgermeister von Roubaix, Henri Carrette.

Ein Bäckerkongress wird bekanntlich am 22. und 23. April d. J. in Gera abgehalten werden, um den Bestrebungen auf Rückgängigmachung der Bundesratsverordnung vom 1. Juli v. J. entgegenzutreten. Es werden augenblicklich zu dem Zweck in ganz Deutschland Flugblätter verbreitet. Verhandelt werden im wesentlichen folgende Gegenstände: Der Bäckerarbeitsvertrag und seine Segner; wie haben wir denselben zu verteidigen und weiter auszubauen? — Durch welche Mittel sind unsere Arbeitsverhältnisse zu verbessern? — Unsere Arbeitsvermittlung. — Innungs- und Gesellenvereine. — Germania-Arbeitsbücher.

Der Verband der Höheren des Nebelbistums hielt kürzlich in Driesen seine zweite Generalversammlung ab. Vertreten waren 27 Ortschaften durch 22 Delegirte und 4 Vorstandsmitglieder. Bezüglich der Agitation wurde beschlossen, zu versuchen, die Höher in der Weichselniederung, Schulz, Thorn, und die Nummerleute hinter Bromberg mit in den Verband aufzunehmen. Es würde, wenn es gelingt, diese Höher an die Organisation zu fesseln, der Verband um circa 2500 Mitglieder zunehmen. Ferner wurde beschlossen, die Monatsbeiträge vom 1. März ab von 20 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Verband hat durch den letzten Höherfreitag eine Schuldenlast von 3500 M. Der Kassendbericht schließt in Einnahme mit 3490 M. und in Ausgabe mit 3490 M. ab. Am 1. Mai d. J. soll eine Festschrift für die Höher herausgegeben werden.

Aus dem Ruhr-Kohlenrevier wird uns geschrieben: Augenblicklich finden auch wieder die bekannten Konferenzen der Landräthe und Polizeidelegirten statt, zu denen man auch den Unternehmern Zutritt gewährt wird. Allen Bergarbeiter-Versammlungen wohnen die kürzlich angestellten künigl. Bezirkskommissare bei, die eifrig alles melden, was der Behörde wichtig erscheinen sollte. Man sieht, so ganz gemüthlich, wie die Bergarbeiter es darzustellen lieb, ist es an dem Strande der Ruhr denn doch nicht. — Daß der Unternehmer-Verband sich das Recht vorbehalten hat, definitiv zu bestimmen, ob der Forderung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergleute nach 10 pCt. Lohnerhöhung entsprochen werden soll, ist bekannt. Bis heute hat der Vorstand des Gewerkschaftsvereins auch noch nicht seine Forderung an die Lehen verhandelt. Den ultramontanen „Arbeiterfreunden“ scheint es unheimlich geworden zu sein, nun sie sehen, daß auch der „alte Verband“ sich der Gewerkschaftsvereinsforderung anschließt. Man will nun wahrscheinlich wieder abwiegeln.

War der Hamburger Streik ein Fall „höherer Gewalt“? Darüber verhandelte die Leipziger Handelskammer in ihrer Sitzung vom 8. Februar. Sie hatte beschlossen, von der Handelskammer zu Hamburg Auskunft darüber zu erbitten, ob dort darauf bezügliche Streitsfälle zum Austrag gebracht und wie sie entschieden worden seien. Die Antwort ging dahin, daß von den Gerichten noch keine darauf bezügliche Entscheidung gefällt worden sei. „Das hiesige oberelbische Schiedsgericht“ fügt die Handelskammer hinzu, „hat in einem Falle, in dem es sich um die Liegegeldforderung eines Binnenfahrers wegen verögerter Beladung handelte, entschieden, daß der Streik nicht als ein den Ablader entlastender zufälliger Zustand im Sinne des § 29 Absatz 3 Satz 2 des Binnenfahrergesetzes anzusehen sei, doch wird die Frage je nach der Lage des einzelnen Falles zu prüfen und zu beurtheilen sein.“

In Wilhelmshaven beabsichtigen die Bauarbeiter aller Branchen, als Maurer, Zimmerer, Maurerarbeitende, Tischler, Maler, Dachdecker, Lösser, Klempner und Schlosser, im kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen sind: neunständige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 10 pCt. Die Arbeitszeit betrug bisher zehn Stunden und die Durchschnittslöhne bei den Tischlern 30 Pf., Maurern 48 Pf., Zimmerern 45 Pf., Dachdeckern 45 Pf., Arbeitenden 39 Pf., Malern 37,5 Pf., Tischlern 35 Pf., Schlossern und Klempnern 32,5 Pfennige. Schon jetzt ist das Unternehmertum bestrebt, Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands heranzuziehen, um im gegebenen Augenblick genügend Ersatz für die einheimischen Arbeiter zu haben. Es wird daher dringend gebeten, schon jetzt den Bezug von Bauarbeitern aller Branchen nach Wilhelmshaven fernzuhalten, damit, falls es zu einem Kampf kommen sollte, den Arbeitern derselbe nicht erschwert wird. Die Lohnkommission. J. A.: Siebel.

In Lübeck haben die Unternehmer den Bauarbeitern die 9-stündige Arbeitszeit bewilligt. Verlangt war der neunstündigen Arbeitszeit.

In Eibelfeld bei Altona legten am vorigen Sonnabend 80 Arbeiter des Drahtnetz-Werkes der Hamburger Firma H. W. Luff die Arbeit nieder, weil sie bei den ihnen ausgetragenen Akkordarbeiten nicht einmal auf 15 M. und damit auf den früheren Wochen- bzw. Tagelohn kamen. Sie fordern die Wiedereinführung des Tagelohnes und 3 M. Zulage pro Woche.

In Jena und Eisenach stehen die Maler in einer Lohnbewegung.

In Fürth streiken die Arbeiter der Knoll'schen Spiegelfabrik, wegen Nichtentlassung eines missliebigen Werkmeisters.

Aus Schwaben. In Stuttgart hat das Stadtpolizei-Amt einigen streikenden Arbeitern der C. Häusler'schen Gießerei, die wegen Auf- und Abgehens vor diesem Betriebe stüht worden waren, je ein Strafmandat über 18 Mark zur Unterschrift vorgelegt, aber nicht ausgehändigt. Weiter wurde den Stürken aufgegeben, binnen 24 Stunden Arbeit zu suchen, andernfalls sie zur Zwangsarbeit genöthigt werden würden. Das Stadtpolizei-Amt ist bis jetzt aber so vorsichtig gewesen, es bei der Drohung bewenden zu lassen.

Ganz geringfügige Ursachen sind es — schreibt die „Frankf. Zeitung“ — um derenwillen in dem wichtigsten Gewerbebetrieb Amsterdams, der Diamantschleiferei, in der hier ungefähr 10 000 Arbeiter beschäftigt werden, der erst kürzlich wieder hergestellte Friede von neuem auf das ernsteste gefährdet ist. Zwischen den Juwelieren besteht nämlich eine Abmachung, kraft deren sie sich verpflichten, für den Fall, daß auch nur bei einem von ihnen die Arbeit aus anderen Gründen als wegen Lohnerabsetzung niedergelegt wird, gemeinsame Sache zu machen und eine Aussperrung aller dem allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Bund angehörigen Arbeiter zu proklamieren. Der A. N. D. B. ist aber im Verhältnis zur Zahl der gesammelten in der betreffenden Industrie beschäftigten Arbeiter der vollständigste Fachverein der Welt, da ihm nicht weniger als 85 pCt. sämtlicher Diamantarbeiter angehören. Nun gibt es hier einen Juwelier namens Fischer, der die vereinbarten Minimaltarife niemals eingehalten hat, was aber erst jetzt entdeckt ist, und dessen 25 bis 30 Arbeiter infolge dessen auf Veranlassung des Bundes streiken. Die Verhältnisse liegen noch etwas komplizirter, aber dies ist der springende Punkt. Die Juweliers, die dem Fischer selbst wenig gewogen zu sein scheinen, sind durch ihre Namensunterschrift von dem Belieben dieses Herrn abhängig, und ein Versuch ihrerseits, zu vermitteln, ist gescheitert. Die Arbeiter haben nun nach einer meisterhaft sachlichen Rede ihres Führers P. o. l. a. in einer Riesenversammlung die Ablehnung des Ultimatums der Juweliers und die Aufrechterhaltung des Streiks bei Fischer beschlossen, weil sie andernfalls die vereinbarten Minimaltarife preisgeben, und so wird man denn das Schauspiel erleben, daß gegen den Willen der Mehrzahl der Arbeitgeber und der gesammten Arbeiterschaft die Diamant-Industrie vielleicht für längere Zeit zum Stillstand kommt.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Die Juckerbäder Stockholms haben an die Prinzipale die Forderung gestellt, einen Maximal-Arbeitslag von 12 Stunden einzuführen und die Ueberstunden um 25 pCt. höher zu entschädigen.

Partei-Nachrichten.

Als Reichstags-Kandidat für den bayerischen Reichstags-Wahlkreis Schwaben wird der Parteigenosse Sackler aufgestellt, nachdem der bisherige Kandidat Genosse Slinger in Nürnberg auf die Kandidatur verzichtet hat.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Breslau war am 24. Januar eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer, wo Frau Greifenberg aus Berlin sprechen sollte, unmittelbar nach der Eröffnung ohne jeden ersichtlichen Grund aufgelöst worden. Die Vorsitzende der Versammlung, Frau Geiser, führte sofort beim Polizeipräsidenten Beschwerde, aber erst am 23. Februar, also nach vier Wochen, erhielt sie Antwort. Der Polizeipräsident v. Lasko erklärte in dem betreffenden Schreiben die Auflösung der Versammlung auf Grund der §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes für gerechtfertigt und sagt dann, wegen Uebertretung dieser Paragraphen sei das strafrechtliche Verfahren eingeleitet. Beide Paragraphen handeln von politischen Vereinen. Die „Volkswacht“ schreibt nun hierüber: Offenbar meint unsere Polizei, einem politischen Verein aus der Spür gekommen zu sein, der jene Versammlung abhalten wollte. Wo dieser Verein bestehen soll und was in aller Welt Ursache gegeben haben kann, die bezügliche Vernehmung des Polizeipräsidenten zu rechtfertigen, ist uns vorläufig noch vollkommen unverständlich. Da aber alle, oder wenigstens fast alle Versammlungen hier in Schlesien aufgelöst oder sonst polizeilich gehindert worden sind, in denen Genossin Greifenberg zu referieren gedachte, so vermuten wir, daß dieser sonderbare Verein mit der genannten Genossin sich auf die Wanderschaft begeben hat, oder gar — was möchte man heutzutage noch im Bereiche unseres Vereins- und Versammlungslebens für unmöglich halten! — aus Genossin Greifenberg allein besteht. Daß unsere schlesischen Behörden einer sozialdemokratischen Berlinerin die erstaunlichsten Leistungen zutrauen, haben wir zu unserer lebhaften Verwunderung ja schon bei der Reise der mehrbewährten Genossin durch unsere Provinz wahrzunehmen Gelegenheit gehabt.

Wegen Scherworte wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Genosse Michels, vom Schöffengericht in Köln zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Das Vergehen ist in der Veröffentlichung eines Aufrufs der Hamburger Hafenarbeiter gefunden worden, worin gesagt war: Arbeiter, werdet nicht zu Verräthern an Euren Arbeitsbrüdern. Wie in Breslau gegen die „Volkswacht“, so war auch in Köln gegen die „Ab. Ztg.“ noch Anklage wegen groben Unfugs erhoben. Auch das Kölner Gericht erkannte aber in Beziehung auf dieses Vergehen auf Freisprechung.

In Kiel hat der verantwortliche Redakteur Lütjens von der „Schleswig-Volstein'schen Volkszeitung“ die zweimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Offiziers- und Polizeibeleidigung auferlegt ist.

In Lüneburg ist gegen den Parteigenossen Riedlinger eine Untersuchung eingeleitet, weil er durch eine im „Volksblatt“ veröffentlichte Quittung über Gelder für die Hamburger Streikenden das Unteroffizierskorps des 16. hannoverschen Dragoner-Regiments beleidigt haben soll.

Märzfeier verboten. Aus Bielefeld wird uns geschrieben: Soeben wird uns die Nachricht, daß die Märzfeier für den 21. März nicht genehmigt wird wegen der Unzüge und der anderen Freierlichkeiten an diesem Tage. Auch eine bloße Versammlung würde nicht erlaubt werden, lautete der Bescheid an das Mitglied des Festkomitees, welches die Feier ansetzen wollte.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung dem Reichstags-Antrag Preußens, betreffend die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, sowie dem Kirchschul-Antrage, betreffend die steuerfreie Verwendung undenaturirten Branntweins zu Heilwecken, die Zustimmung erteilt. Die Mittheilung des Reichstags-Präsidenten über den Reichstags-Beschluß, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Strafgefangene, wurde dem Reichszentraler überwiesen. Die Vorlagen, betreffend die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinlohlen-Bergwerken, Zink- und Bleierz-Bergwerken und auf Kokereien im Regierungsbezirk Oppeln, und betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elaf-Lothringen über das Vermögen der Ortschaften, sowie über das Vermögen, welches mehrere Gemeinden oder Ortschaften in ungetheilter Gemeinschaft besitzen, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Sodann wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die Novelle zum Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz ist, wie der Präsident am Schlusse der heutigen Sitzung mittheilte, dem Reichstage zugegangen.

Budgetkommission. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen in erster Linie die Anträge der Abg. v. Bollmar betreffend die Regelung der Offiziers-Pferderationen und die Regelung der Reiseflosten, Reisepfenn, Umzugsgelder etc. Der Antragsteller motivirt den ersten Antrag damit, daß im Militäretat bei den verschiedensten Titeln für eine große Anzahl höhere Offiziere, Ärzte, Verwaltungsbeamte etc. Pferderationen in Ansatz gebracht seien, die entweder gar keine Pferde hielten, oder nicht so viel Pferde, als sie an Rationen für Pferde erhielten. In Oesterreich wie in Frankreich würde weit schärfer zu Werke gegangen als bei uns und würden in keinem dieser Staaten Rationen gewährt für Pferde, die nicht auch wirklich gehalten würden. Der Kriegsminister antwortet, daß die Pferderationen schon im Jahre 1891 Gegenstand sehr eingehender Verhandlung gewesen und auch dahin bezügliche Anträge angenommen worden seien, denen auch der Reichstag seine Zustimmung gab. Die Frage hinge zusammen mit der Lösung der Pferdegedelrfrage, die in Frankreich für die Offiziere weit günstiger gelöst sei als bei uns. Bei den hohen Kosten, die die Pferdebeschaffung verursache, sei von einem Nutzen für die betreffenden Offiziere nicht die Rede. Bei den hohen Preisen der Pferde erfordere die Beschaffung derselben sogar große Opfer. Abg. Prinz v. Arnberg erklärt sich gegen den Antrag, der Änderungen bezweckt, mit denen er sich nicht einverstanden erklären könne. Insbesondere sei ein Vergleich mit französischen Einrichtungen unzulässig, die ganz anders geartet seien. Abg. v. Bollmar polemisiert gegen die Einwendungen, die wider seinen Antrag erhoben wurden; sein Antrag bezwecke, klare und reinliche Verhältnisse zu schaffen. Die Generale seien so gestellt, daß sie keine Pferdegedelr brauchten. Kriegsminister v. Soltz: Er würde sich mit dem Vorschlag Bollmar's, höhere Pferdegedelr zu bewilligen, an Stelle eines Theils der Pferderationen, einverstanden erklären, früher sei der gleiche Verlangen vom Reichstag abgelehnt worden, wolle man dies jetzt bewilligen, so sei er damit zufrieden. Nach wiederholten Ausführungen des Antragstellers, des Kriegsministers, der Abg. Prinzen v. Arnberg und Müller-Fulda wird der Antrag v. Bollmar zurückgezogen, nachdem der Kriegsminister erklärt hatte, daß er bei den geforderten Nachweisungen über die Nebeneinkünfte der Offiziere seine Mittheilungen auch auf die Pferde-Unterhaltungskosten erstrecken werde.

Zu seinem zweiten Antrag, die Reiseflosten etc. betreffend, führt Abg. v. Bollmar aus, wie namentlich die Entschädigungen für die höheren Offiziere unvergleichlich höher seien, als die für die höheren Offiziere nationalliberalen Parte nachgewiesen, daß ein General für einen Umzug von Stuttgart nach Berlin 2000 M. mehr erhalte als er Kosten habe. Auch die Kilometergelder ständen in einem Mißverhältnis zu den wirklichen Ausgaben und zwar zum Schaden des

Staats bezw. des Reiches. Der Kriegsminister antwortet, daß die jetzigen Sätze seit dem Jahre 1875 beständen, weil die früheren Sätze unzureichend gewesen seien. Er könne aus eigener Erfahrung sagen, daß die Reiseflosten für die Generale nicht reichten, sondern Zuschüsse aus der eigenen Tasche erforderten. In der Debatte theilte sich noch die Abg. Bachem, Prinz v. Arnberg, Webel, v. Kardorff und Müller-Fulda.

Nachdem von den Regierungsvertretern die Erklärung abgegeben wurde, daß die ganze Angelegenheit Gegenstand gesetzlicher Regelung in nächster Zeit sein werde, zieht der Abg. v. Bollmar auch seinen zweiten Antrag zurück.

Die Verhandlungen über die Reichsbank werden nach kurzen Erörterungen abgebrochen, weil kein Vertreter des betreffenden Ressorts anwesend ist. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bilden die Einnahmen aus veräußerten Festungsterrains, die nach kurzen Mittheilungen des Reichs-Schatzsekretärs genehmigt werden. Nächste Sitzung Freitag, 5. März, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Marine-Etat.

In der Wahlprüfungs-Kommission stand heute die Wahl des Abgeordneten Peus-Brandenburg an erster Stelle zur Erörterung, Peus ist bekanntlich nur mit einer geringen Mehrheit von etlichen 90 Stimmen in der Stichwahl gewählt worden. Von konservativer Seite wurde gegen die Gültigkeit dieser Wahl Protest eingelegt. Derselbe stützt sich in der Hauptsache auf den Umstand, daß unter den Wählern sich 21 Personen befinden, welche erst in der Zeit zwischen der Aufstellung der Wählerlisten und dem Wahltag das 25. Lebensjahr erreichten. Die Protesteher sind nun der Ansicht, daß diese Wähler zu Unrecht in die Wählerlisten aufgenommen seien. Die Gründe, welche gegen diese Annahme sprechen, hat der „Vorwärts“ leithin schon angeführt. Heute hat auch die Wahlprüfungs-Kommission gegen die Protesteherber sich entschieden, nachdem der beigelegene Regierungskommissar es als Auffassung des Reichsamtes des Innern und des preussischen Ministers des Innern erklärte, daß der Wahltag, und nicht der Tag der Aufstellung der Wählerlisten maßgebend für das Alter des Wählers sei. Der Herr Kommissar theilte noch mit, daß seitens der höchsten preussischen und Reichsbehörden die untergeordneten Organe wiederholt in diesem Sinne instruiert worden seien. Die Kommission beschloß hierauf einstimmig, die Wahl des Abgeordneten Peus für gültig zu erklären. — Die Wahl des Abgeordneten Reichmuth (Weimar) ist in der Kommission bereits für ungültig erklärt worden. Nachdem aber die seinerzeit vernommenen Gemeindevorstände, auf deren Aussagen hin die Kostation stattfand, ihre unedlichen Aussagen später zurücknahmen, so beschloß der Reichstag Zurückweisung in die Kommission. Hier lagen nun Ergänzungen der Protesteherber zu ihren ersten Angaben vor, in denen eidliche Erhärtung derselben angeboten wird. Die Kommission beschloß eidliche Vernehmung der neu angebotenen Zeugen und Konfrontation derselben mit den ersten Zeugen, sowie Befragung der letzteren darüber, aus welchen Motiven und auf welche Anregung hin sie zum Widerruf ihrer ersten Angaben gekommen seien.

Die Unfallgesetz-Novellen-Kommission berieht heute über die wichtige Frage, wie die Wahl der Arbeitervertreter erfolgen soll. Jetzt werden die Arbeitervertreter durch die Krankenkassen-Vorstände, aber unter Ausschluß derjenigen der freien Hilfsklassen, gewählt. Unsere Genossen verlangten in erster Reihe Wahlen (mindestens auf ähnlicher Grundlage, wie die Gewerbetreibendewahlen stattfinden) durch alle Arbeiter. Eventuell sollten mindestens die Generalversammlungen und zwar aller Krankenkassen, auch der freien Hilfsklassen, die Wahl vornehmen. Nach längerer Debatte wurde die Ablehnung der Vorschläge unserer Genossen beschlossen. Nur sollen entgegen dem bestehenden Gesetz auch die Vorstände der freien Hilfsklassen und anderer landesgesetzlich errichteten Hilfsklassen wählen. — Die nächste Sitzung findet am 4. März mittags 1 Uhr statt.

Die Handelsgesetz-Kommission erledigte gestern das erste Buch (Handelsstand) bis zu Ende. Die sozialdemokratischen Anträge, daß Lehrlinge unter 18 Jahren ausschließlich der Pausen nicht länger als 8 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, und daß der Lehrvertrag schriftlich abzuschließen sei — wurden abgelehnt. Der Regierungsvertreter betonte, daß ein schriftlicher Vertrag sicherlich immer zu erstehen sei, daß darauf aber genügend der § 78 hinwirke (Ansprüche wegen unbesugten Austritts aus der Lehre kann der Lehrherr gegen den Lehrling nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist). Schließlich wurden noch die der Gewerbe-Ordnung entsprechenden Strafbestimmungen gegen die Vernachlässigung der Lehrlinge als § 80a eingefügt. Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die National-liberalen stimmten dafür — die Freisinnigen und die Regierungsvertreter erklärten mit einem Male für unmöglich, was in der Gewerbe-Ordnung für die gewerbliche Arbeit bestimmt ist.

Änderungen in dem Abschnitt „Handelsagenten“ wurden nicht vorgenommen. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten hier neben einer Reihe kleinerer Verbesserungen beantragt, daß Provision und Auslagen des Handlungsagenten beim Konkurse als bevorrechtigte Forderungen gelten sollen. Trotz der bereiten Verteidigung aller dieser Anträge durch den Genossen Slinger hielten alle Parteien an ihrer ablehnenden Haltung fest — die Reform der Konkursordnung soll allerdings den einen Wunsch erfüllen. Die Rindigungsfrist für den Agenten von 6 Wochen auf 6 Monate auszuheben, gelang nicht.

Auch der Schlussschnitt über die „Handelsmakler“ — schreibt Müller und spricht Müller, möchte man nach den Debatten auch von der Regierung sagen — lief so gut wie unversehrt in den Oafen ein; nur soll der Handelsmakler auch bei „abweichendem Ortsgebrauch“ nicht als ermächtigt gelten, Zahlungen in Empfang zu nehmen.

Der erste Abschnitt (Offene Handelsgesellschaft) des 2. Buches, ebenso der 2. Abschnitt (Kommanditgesellschaft) wurden rasch ohne besondere Diskussionen nach der Regierungsvorlage erledigt.

Die Margarinekommission hielt am Donnerstag, den 25. d. M. ihre erste Sitzung ab. Zunächst erstattete Regierungsrath v. Buchla als Vertreter des kaiserl. Gesundheitsamts Bericht über die Versuche, welche mit der neu vorgeschlagenen Zusatzfarbe gemacht worden sind. Dieses Buttergelb, das Dimethylamidoazobenzol, ist ein Theerfarbstoff, der, wie alle Anilinfarben, nicht giftig und nicht gesundheitschädlich ist, wenn er frei von giftigen Mineralbestandtheilen gehalten wird. Dies ist gerade bei diesem Farbstoff der Fall, weil zu seiner Darstellung die Anwendung von Arsensäure garnicht notwendig ist. Der Farbstoff, der bereits früher zum Färben von Butter seitens der Produzenten anstatt des sonst üblichen Orleansfarbstoffs angewendet wurde, färbt die Probe rötlich, noch intensiver und rascher, wenn die Probe vorher geschmolzen wird. Nach bei einem Zusatz von 0,1 Gramm Farbe auf 100 Kilogramm Margarine zeigt sich diese Reaktion; durch andere Butterfarben wird sie weder verdeckt noch hervorgerufen. Das Gesundheitsamt schlägt vor, 2 Gramm der Farbe auf 100 Kilogramm Margarine zuzusetzen zu lassen, und zwar bei der Fabrikation. Der Farbstoff ist, nach den Angaben des kaiserl. Gesundheitsamts, nur aus konzentrierter Salzsäure auszuwaschen, nicht wie Prof. Sorplet, München, behauptet, mit verdünnter; durch Auswaschen mit konzentrierter Salzsäure aber werde die Margarine derart zerfetzt, daß sie als Speisefett nicht mehr zu verwenden sei. Eine beträchtliche Entfernung der Farbe sei also ausgeschlossen; ihr Zusatz ermögliche dagegen sehr leicht, zu erkennen, ob Margarine, Butter oder ein Gemisch von Butter mit Margarine vorliegt. Auch gesundheitschädlich sei die Farbe nicht, wie Versuche der kaiserlichen Gesundheitsamts bewiesen; ebenso sei eine Schädigung des Geschmacks oder der

Haltbarkeit der Margarine nicht die Folge des Farbstoffzuges. In der Debatte verlangte Abg. Wurm verschiedene weitere Darlegungen und Versuche des kaiserlichen Gesundheitsamts, insbesondere in bezug auf Verdaulichkeit und Geschmack. Minister v. Bülow er meinte, daß das vorgeschlagene Mittel vielleicht noch durch ein besseres ersetzt werden könne, infolge dessen meine er, daß die Art der Zusatzfarbe nicht ins Gesetz aufgenommen, sondern die Durchführung der Kontrolle der vom Ausland eingeführten Margarine und Butter soll in der nächsten Sitzung, Donnerstag, den 12. März, Bericht erstattet werden.

Die Kommission über den Antrag v. Schenkendorff betr. die Förderung des Fortbildungsschulwesens hat dem Abgeordnetenhause ihren schriftlichen Bericht unterbreitet. Die Regierung soll aufgefordert werden, dem gewerblichen, kaufmännischen und ländlichen Fortbildungsschulwesen, unter voller Wahrung seines Charakters als einer Einrichtung der Gemeinde, Innung oder sonstigen gewerblichen Vereinigung, und im Anschluß an die bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, künftig eine weitergehende Förderung, insbesondere durch Zuwendung vermehrter Staatsmittel, zu theil werden zu lassen. Zu diesem Behuf soll vom 1. April 1898 ab ein bestimmtes Beitragsverhältnis des Staates zu den erwachsenden Ausgaben auf der Grundlage eintreten, daß die Gemeinde vorweg die Kosten für die Räumlichkeiten, Heizung und Beleuchtung trägt; der Staat dagegen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses bei Fortbildungsschulen mit freiwilligem Besuch bis zu 2/3, bei den obligatorischen Fortbildungsschulen bis zu 3/4 der nicht durch das Schulgeld gedeckten übrigen Kosten übernimmt. Für die vermehrten Zuschüsse sollen besondere Etatstellen eingestellt und die bisherigen Positionen verstärkt werden. Es sollen ferner Mittel vom Staat bewilligt werden, um neben den Mädchen-Fortbildungsschulen den Haushaltungsschulen Beihilfen zuzuwenden und um die Kosten zur Ausbildung von Lehrkräften, zur Theilnahme von Lehrern an Fortbildungskonferenzen und zu Studienreisen zu befreien. Für die Gemeinden, welche mit besonderen Kosten verbundene Bauarbeiten für die Fortbildungsschulen zur Verfügung stellen oder mit Inventar ausstatten, sollen im Extraordinarium Mittel ausgenowen werden. Der Unterrichtsstoff soll so gestaltet werden, daß er, unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse, vorzugsweise für das bürgerliche Leben von Nutzen ist und den Lebens- und Berufsinteressen der jungen Leute dient.

Kommunales.

Die städtische Deputation hat dem Magistrat die Pläne und Kostenanschläge für vier Brücken zur Genehmigung unterbreitet und zwar für 1. die Alfenbrücke, welche in Eisenkonstruktion errichtet werden soll mit einer weiten Mitteldurchfahrt und zwei Seitendurchfahrten, sowie einer Öffnung zum Durchlaß der Uferstraße; 2. die Hohlstrahlenbrücke, welche eine Breite von 15 Metern erhält, wovon 10 Meter Straßendam und 5 Meter auf jeder Seite 2,50 Meter Fußgänger-Rampe kommen, die Baukosten sind auf 164 000 Mark veranschlagt; 3. die Möckerbrücke, welche massiv errichtet und eine Breite von 19 Metern erhält, wovon 11 Meter auf den Damm und je 4 Meter auf die Fußgängerwege entfallen. Die Kosten sind auf 308 000 M. veranschlagt; 4. endlich die Eisernen Brücke, welche in einer Breite von 19 Metern massiv erbaut wird; die jetzige Breite der Brücke beträgt nur 7,7 M. Die Brücke wird elektrisch erleuchtet werden. Die Gesamtkosten sind auf 452 000 M. veranschlagt. Ferner soll auch noch die Ueberführung der Putzstraße über die Eisenbahn bei dem Bahnhof Moabit zur Durchführung kommen. Die Brücke wird in Holzkonstruktion ausgeführt werden und soll nur dem Fußgängerverkehr dienen. Die Baukosten sind auf 42 000 M. veranschlagt. Das Magistratskollegium genehmigte sämtliche Pläne und Kostenanschläge.

Das Polizeipräsidentium beabsichtigt eine Verordnung zu erlassen, welche die Stellvertretung der Schankwirthe neu regeln soll, insbesondere soll dem „Uebelstande“ gesteuert werden, daß der Verkäufer seines Geschäfts den Käufer bei dem Polizeipräsidentium als seinen Stellvertreter anmeldet, während das Geschäft auf des Verkäufers Rechnung weiter geführt wird. Das Magistratskollegium hat auf Ersuchen des Polizeipräsidentiums beschlossen, der zu erlassenden Polizeiverordnung seine Zustimmung zu erteilen.

Die veranschlagte Erhebung der Standgelder der Markthalle XII auf dem Gesundbrunnen, welche vom 1. Novbr. 1896 bis Ende März 1897 in Kraft bleibt, hat, wie aus dem Rathhause berichtet wird, solch außerordentlich günstige Resultate zur Folge gehabt, daß die Markthallen-Verwaltung beabsichtigt, diesen Versuch noch ein weiteres Jahr bestehen zu lassen; sie hat hierzu die Genehmigung des Magistrats nachgesucht. Obwohl nun die Zahl der Stände-Inhaber im Monat Januar sich vermindert hat, nachdem im ganzen im Oktober 1896 271/2 Quadratmeter an Ständen besetzt waren, die sich im Monat November desselben Jahres auf 1309 Quadratmeter vermehrt haben und dann wieder auf 353 Quadratmeter gesunken sind, so hat doch das Magistratskollegium beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Herabsetzung der Standgelder in des-sagter Markthalle auf noch ein weiteres Jahr vorzuschlagen.

Der Magistrat hat die Wahl des Deponomen Bismann und des Gemeindevorstandes Gwald als Bürger-Deputirte in der städtischen Schuldeputation genehmigt.

Lokales.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis macht alle, welche am Sonntag Nachmittag die Vorstellung in der Urania besuchen wollen, auf die heutige Anzeige im Inzeratentheil aufmerksam.

Den Sängern, die am 13. März bei der Marx-Gedächtnisfeier im Frempalast mitwirkten, zur Nachricht, daß die für morgen Mittag im Frempalast angelegte Probe nicht stattfindet. Näheres durch den Dirigenten Herrn Dillenberger. Das Komitee.

Die Berliner Genossen verweisen wir nochmals auf die morgen mittags 12 Uhr in Keller's Festsälen, Köpenickerstr. 29, stattfindende Matinee zu Gunsten der Hamburger Steinseher und deren Berufsgenossen. Diefelben haben bekanntlich in dieser Woche den anfangs Januar wegen des eingetretenen Winters vorläufig beendeten Streik wieder aufgenommen, welchen sie seit Juni v. J. zu führen gezwungen waren. Die besondere Sympathie der Arbeiterschaft haben sich die Hamburger Steinseher wohl dadurch erworben, daß sie bei Ausbruch des Hafnarbeiterstreiks zu Gunsten desselben auf Unterstützung verzichteten. Näheres siehe Inzerat in gestriger Nummer. In demselben befindet sich ein Druckfehler. Es muß heißen: D. K a s c h e, nicht K u s c h e, Reichenergstr. 180.

Zur Linderung der Noth armer Wöchnerinnen ist ein neuer Frauenverein begründet worden. Er will Pflegerinnen ausbilden lassen, die bei armen Wöchnerinnen die Pflege und zugleich die Führung des Haushalts übernehmen sollen, und will daneben für solche Wöchnerinnen, deren Wohn- zur Entbindung und Wochenpflege ungeeignet ist, Heimstätten errichten. Eine Zeitungsnotiz verkündet, daß „opferbereite Damen aller Kreise“ an dem neuen Unternehmen theilhaftig sind. Bisher haben sich die Damen der Bourgeoisie allerdings in der Fürsorge für arme Wöchnerinnen nicht allzu „opferbereit“ gezeigt. In diesem Zweige „wohltätig-gemeinnütziger“ Bestrebungen ist nämlich mit dem bloßen Geldgeben noch weniger als in irgend einem anderen geholfen. Hier heißt es: selber mitaufessen! — eine für Bourgeoisdamen ungewohnte Arbeit. Ueble Erfahrungen hat in dieser Beziehung besonders der (Schon seit 1856

bestehende) hiesige „Verein zur Verpflegung und Unterstützung armer Wöchnerinnen“ gemacht. Früher gingen die Mitglieder durchgängig als Pflegerinnen in die Wohnungen der Wöchnerinnen, kochten ihnen Suppen und kammerten sich ein bisschen um die Wirtschaft. Doch als Berlin wuchs, als die Armen immer zahlreicher wurden und sich auch immer mehr in bestimmten Stadtteilen konzentrierten, da wurde es immer schwerer, in diesen Stadtteilen genug Pflegerinnen zu finden. Die Damen aus dem vornehmen Westen scheuten aber den Weg nach dem ordnaren Osten und Norden, — eine Beobachtung übrigens, die auch in anderen „wohlthätigen“ und „gemeinnützigen“ Vereinen, wo auf „praktische Mitarbeit“ der Mitglieder gehalten wird, gemacht worden ist. Heute werden daher nur noch wenige Wöchnerinnen wirklich gepflegt, und auch diese nicht mehr so lange, wie früher. Die meisten erhalten bloß Suppen, die sie sich ebensinnig durch Angehörige aus dem Verein unterhaltenen Küchen holen lassen müssen. 1895 z. B. wurden 5015 Wöchnerinnen unterstützt, davon 4652 mit Suppen und nur noch 465 durch Pflege. Der neue Verein will nun, wie es scheint, auf „praktische Mitarbeit“ der Mitglieder von vornherein verzichten. Die Idee, die Pflege berufsmäßigen Pflegerinnen zu übertragen, bedeutet einen gewissen Fortschritt. Die Wöchnerinnen werden sich dabei ohne Zweifel besser fühlen, als wenn sie sich mit dem begnügen müssen, was irgend eine Bourgeoisefrau an freier Zeit für sie drüber haben will. Im übrigen ist aber auch von diesem neuen Unternehmen nicht zu erwarten, daß es dazu dienen kann, in größerem Umfang die Noth armer Wöchnerinnen zu lindern. Zu dem Heimstättenplan verweisen wir auf die Erfahrungen, die seit 1891 mit der städtischen Heimstätte für gesunde Wöchnerinnen gemacht worden sind. Sie ist bisher recht wenig benutzt worden (die Spezialanfall in Blankenfelde hat man sogar diesem Zwecke wieder entziehen müssen), weil arme Wöchnerinnen einfach keine Zeit dazu haben, sich wochenlang pflegen zu lassen. Selbst das Wochenbett muß vielfach abgekürzt und auf wenige Tage beschränkt werden. Für arme Wöchnerinnen handelt es sich ja nicht bloß darum, daß sie in der Regel niemand haben, der ihnen für längere Zeit die Wirtschaft besorgen könnte: sie müssen oft auch ihre Arbeit für den Erwerb des Lebensunterhalts so bald wie möglich wieder aufnehmen. In diesem Hauptpunkte kann den meisten von ihnen weder durch Pflegerinnen noch durch Heimstätten geholfen werden, und für das Mangelwesen einer wirklichen Besserung der wirtschaftlichen Lage der Armeren Bevölkerung wollen sich bekanntlich selbst die „opferbereitesten“ Damen der Bourgeoisie nicht erwärmen. Bei diesen Betrachtungen tritt immer wieder die Halbheit der Mittelchen zu Tage, mit denen die bürgerliche Klasse nach Quacksalbermanier die sozialen Schäden kurieren zu können meint.

Die städtische Armen-Krankenpflege ist ein wichtiger Theil der Armenpflege. In der „offenen“ — nicht in Anstalten, sondern in der Wohnung der Erkrankten durch die Armenärzte ausgeübt — Armen-Krankenpflege gelangten 1895/96 82 866 Fälle zur Behandlung, welche 43 168 verschiedene Personen betrafen. Die einzelnen Medizinalbezirke sind natürlich sehr ungleich (von 35 bis zu 1444 Fällen und von 91 bis zu 1257 Personen) theilhaftig, entsprechend der ungleichen Vertheilung der Armen über die verschiedenen Stadttheile. (Eine Vergleichung mit 1894/95 ist wegen Veränderung des den armenärztlichen Berichten zu Grunde gelegten Schemas nicht möglich.) Von Erkrankungen kamen besonders vor: akuter und chronischer Rheumatismus (4555 Fälle), Schwindel (1964), Fußgeschwüre (1507, darunter 1284 Frauen). Ueber die Wohnungen der Armen-Kranken sagt der Verwaltungsbericht der Armen-Direktion diesmal nicht viel. Es wird nur bemerkt, im allgemeinen sprächen sich die ärztlichen Berichte über diesen Punkt günstig aus, — (noch im vorjährigen Bericht war durchaus das Gegenteil der Fall) — doch werde im 1. Medizinalbezirk über die Wohnungen in einer ehemaligen Kaserne (Neue Friedrichstraße) und im alten Waisenhaus (Stralauerstraße) geklagt, ebenso im 11., 15., 16., 17. Bezirk (östlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt, jenseitige Rosenstadt, Spandauer Viertel, namentlich „Scheunenviertel“) über Missethaten, die den jetzigen hygienischen Anforderungen oft nicht entsprechen. Ueber die Kaserne und das Waisenhaus wurde bereits im vorjährigen Bericht geklagt.

Der Elektrizitätsverbrauch in London, Paris und Berlin wird von der „Electrical Review“ besprochen. In London bestehen 13 Netze für elektrische Beleuchtung, in Paris 7, in London gehören davon 3, in Paris 1 der Stadtgemeinde. In Paris zählt man den doppelten Preis für elektrische Kraft wie in London. In London waren im Oktober 1896 1 178 000 elektrische Lampen in Betrieb, in Paris nur 545 914. In Paris kommen noch hinzu 220 elektrische Aufsätze und Elektromotoren mit zusammen 2000 Pferdekraften. Die Vergleichszahlen für Berlin beweisen von neuem den gemäßigten Aufschwung, den die elektrische Industrie in Berlin genommen hat. Das eine Netz der Berliner Elektrizitätswerke speiste um dieselbe Zeit allein 166 192 Glühlampen, 8218 Bogenlampen (in Paris überhaupt nur 7448), 1347 Elektromotoren mit 4818 Pferdekraften und 292 andere elektrische Apparate. In dem Gesamtverbrauch an Elektrizität, der für das Jahr 1895 berechnet ist, steht Berlin nicht nur vor Paris, sondern auch vor London voran, in Berlin wurden 9 770 000 Kilowatt abgegeben, in London 9 558 105 und in Paris 8 107 253.

In dem Verhältnisse der Berliner Gemeindebeamten zum Magistrat hat sich, wie ein Berichterstatter meldet, in den letzten Tagen eine Wandlung vollzogen. Wie in einer außerordentlichen Generalversammlung bekannt gegeben wurde, hat Herr Oberbürgermeister Jelle eine Deputation des Vereins der Gemeindebeamten empfangen und derselben folgende Konzeptionen gemacht: 1. Erhöhung des Maximalgehalts auf 180 M., 2. Einführung der Reiskontingents nach Maßgabe des Staatsgesetzes, beginnend mit 250 M. und dem Gehalt entsprechend steigend. 3. Fürsorge für die Kanzlei-Hilfsarbeiter in der Richtung, daß dieselben in künftigen Erkrankungsfällen bis zu vier Wochen 8 M. Raten pro Tag erhalten. 4. Die stalenmäßigen Bezüge, die seit Bekanntwerden des Reichsgerichts-Erkenntnisses im Halle Malis (10. Februar 1896) fiktiv waren, sollen hinfür in vierteljährlichen Raten postnumerando anzugehört werden. Herr Oberbürgermeister Jelle erklärte der Deputation, daß er zwar über diese Zugeständnisse noch mit niemandem gesprochen, aber gegen deren Veröffentlichung nichts einzuwenden habe, da er sie im Magistrat vertreten werde.

Ueber den Duellanten Koge, der nicht wie ein sozialdemokratischer Redakteur gefesselt und in Sträflingskleidern gefesselt wird, berichtet man jetzt: „Der Zeremonienmeister Lebercht v. Koge, der, wie seinerzeit mitgeteilt, sich durch einen Fall auf der Straße den Fuß verletzt hatte, wird demnach wieder nach der Festung Magdeburg verbannt.“ Der Zustand des Herrn v. Koge, der bekanntlich infolge seiner Verletzung im Hotel „Stadt Rom“ in Magdeburg gebracht worden war, hat sich nämlich soweit gebessert, daß er das verletzte Glied wieder gebrauchen kann. Seine Familie, die während der Krankheit bei ihm im Hotel weilte, wird in den nächsten Tagen von dort wieder abreisen.

Die Schreibpunkte in den Postanstalten dürfen vom 1. März an nur zur Entgegung von Telegrammen, Beschreiben von Postkarten und anderen kürzeren Schreibarbeiten benutzt werden und zwar nur für die Dauer von höchstens fünf Minuten. Wer länger das Pult besetzt hält, muß es sich gefallen lassen, von dem Bureau personal hinausgewiesen zu werden. Abfällige Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden einem hiesigen Blatte zufolge nach dem Postreglement mit den entsprechenden Geldstrafen belegt. Na, na!

Der westliche Bürgersteig der Weidenbammer Brücke wird endlich heute, Sonnabend, dem Verkehr übergeben. Die Uferstraße am Schiffbauerdamm wurde bereits gestern Abend fertig gestellt und freigegeben.

Die Vertheilung der Prämie von 5000 Mark, welche von dem Berliner Anwaltsverein für die Ergreifung der beiden Mörder des Justizraths Lewy ausgesetzt worden war, sowie derjenigen von 500 Mark, welche die Hinterbliebenen des Ermordeten ausgesetzt hatten, ist nun erfolgt. Danach erhält der Gendarm Bickert,

welchem in Bellerfeld im Harz die Ergreifung des Bruno Werner gelang, 2500 Mark, während die gleiche Summe an die beiden Personen zur Vertheilung gelangen sollte, welche die Ergreifung des Willy Groffe ermöglicht haben, nämlich an Dr. Rubinstein und den Bruder des Mörders, Posthilfsboten Karl Groffe. Herr Dr. Rubinstein hat seine Rechte an die Sanitätskavale, Steglitzerstr. 60, abgetreten, an deren Vorsitzenden Staats. Wische daher 1250 M. gezahlt werden; ebenfalls 1250 M. erhält Karl Groffe. Die restlichen 500 Mark gelangen in kleineren Summen an die übrigen bei der Ergreifung beteiligten Personen zur Vertheilung.

Zur Ueberfüllung der Berliner Krankenhäuser theilt ein Berichterstatter mit: Am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr wollte die Wärterin Auguste Günther aus der städtischen Anstalt zu Daldorf ein Berliner Krankenhaus aufsuchen, weil sie an Fieber und Durchfall schwer leidet. Das städtische Krankenhaus zu Moabit, an das sie sich zunächst wandte, mußte sie wegen Platzmangels abweisen. Nun ging die Kranke zur Charite. Aber hier fand es nicht besser wie in Moabit. In der Charite waren selbst die Betten belegt, die sonst, etwa 20 an der Zahl, als sogenannte Nachtbetten reservirt bleiben. Die Chariteverwaltung versuchte, die Frau anderswo unterzubringen, aber alle Bemühungen bei den Krankenhäusern am Friedrichshain, am Urban, St. Hedwig, Lazarus, Bethanien und Elisabeth blieben erfolglos; auch diese Anstalten waren voll besetzt. Ein Krankentransport-Institut fragte nun bei verschiedenen Privatkliniken, auch diese hatten aber keinen Platz mehr frei. Am der Schmerkranken zu helfen, blieb der Charite nichts anderes übrig, als in einer Station ein besonderes Bett für sie einzurichten. Dergleichen andere weibliche Kranke, um die es nicht so schlimm stand, mußte sie im Laufe des Tages abweisen. Gestern, Freitag, Morgen hatte die Charite wieder nur drei Frauenbetten frei. Noch schlimmer als Frau Günther erging es einer Frau aus Nauen, die schwer an Rheumatismus litt und nach Berlin gekommen war, um in ein Krankenhaus zu gehen. Auch sie konnte nirgends Aufnahme finden und hat endlich in einer Krankenabtheilung des städtischen Obdachs Platz gefunden!

Bei der Rückfahrt von der Sophienkirche wurden gestern Nachmittag gegen 6 Uhr durch einen vorbeifahrenden Stadtbahnzug an der Spandauerbrücke die Pferde einer Hochzeitskutsche scheu. Dem Kutscher sowohl als auch seinem Begleiter war es unmöglich, die Thiere zu zügeln, welche in wildem Carriere durch die Spandauer Brücke und Rosenstraße nach dem Neuen Markt zu jagten. In der Rosenstraße ließ der Wagen mit einem Handwagen zusammen, dessen Fahrer zu Boden geschleudert wurde, ohne jedoch Verletzungen zu erleiden. Kurz vor der Kaiser Wilhelmstraße warf sich ein Mann dem Gespann entgegen; er wurde gleichfalls niedergedrückt und mitgeschleift. Die Pferde bogen dann in die Kaiser Wilhelmstraße ein und stießen hier mit den Pferden einer Traumbahn zusammen, wodurch alle vier Thiere zu Fall kamen und alsbald einen fast unentwirrbaren Knäuel bildeten. Die Reichsflanke der Traumbahn wurde zertrümmert; das Brautpaar mußte den Wagen verlassen und die Weiterfahrt mittels Droßke fortsetzen. Die Neuwermählern waren ebenso wie der Kutscher mit dem bloßen Schrecken davon gekommen.

Die Detail-Christbaumhändler Berlins haben sich mit Eingaben an den Vorstand der königlichen Eisenbahn-Betriebsinspektionen des hiesigen Direktionsbezirks gewandt, um zu erwirken, daß den Engrosbühlern der Einzelverkauf von Bäumen auf ihren Lagerplätzen auf dem Eisenbahngelände unterlagert werde. Von zünftiger Seite ist nun der Bescheid ergangen, daß laut Vertragsbedingungen der Einzelverkauf fraglicher Bäume nicht verboten werden könne. Eine am Mittwoch stattfindende Versammlung der Detailisten im Englischen Garten wird nun über weitere zu unternehmende Schritte beraten, zu welcher die Generalpächter der Straßen-Plätze für Händler, Gebr. Krüger, gleichfalls eingeladen werden sollen, um von diesen zu erreichen, daß die Zahl der Plätze auf ein gewisses Minimum beschränkt werde.

Thener zu stehen gekommen ist der Berliner Dampfstraßenbahn-Gesellschaft ein Unfall, der sich vor 2 1/2 Jahren in Halensee ereignete. Durch den Zusammenstoß zweier Wagen der Gesellschaft wurde damals der Pufffedernfabrikant August Gärtner erheblich verletzt, unter anderem wurde ihm der Hüftknochen gebrochen, so daß der Verletzte, ein in den 30er Jahren stehender Mann, lange Zeit ans Krankenlager gefesselt war und auch jetzt noch sich nur mit Hilfe zweier Stöcke fortbewegen kann. Da er fast zwei Jahre hindurch sein Geschäft für das er den größten Theil des Jahres ausreisen zu sein pflegte, nicht wie sonst wahrnehmen konnte, so wurde er, außer auf Bekräftigung der Kurkosten, auch wegen Schadenersatzes klagbar. Es handelt sich hierbei um die Summe von 42 000 M. Nach mehreren Terminen kam es nun zum außergerichtlichen Vergleich, in welchem dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, die Gesellschaft dem Verletzten die Entschädigungssumme von 30 000 M. zahlte.

Beim Abbruch eines kleinen Komptoirgebäudes auf dem Hofe des Grundstücks Friedrichstr. 12 wurde der 80 Jahre alte Polier Gregor Freitag von einer wüthenden, etwa 2 1/2 Meter hohen Hochwerkwand getroffen und am Kopfe sowie am linken Arm so schwer verletzt, daß seine Ueberführung in eine Klinik erforderlich wurde.

Eine Stednadel in einem Milchbrote hat am Donnerstag das 15-jährige Mädchen Joh. Horb aus Altmühl bei Tempin verschluckt. Das Mädchen fühlte nach dem Genuß des Brotes, daß es zum Kaffe gegessen hatte, heftige Schmerzen und die Untersuchung zeigte, daß eine Stednadel, die eingebrockt gewesen sein muß, sich im Rektalende festgesetzt hatte. Da der eigenartige Unfall an Ort und Stelle nicht geheilt werden konnte, so hat die Verunglückte ein Berliner Krankenhaus aufgesucht.

Diebstähle im Moabiter Kriminalgericht sind nichts seltenes. Gestern wurde einer Frau das Portemonnaie aus der Handtasche gestohlen; wenige Tage früher einem Kriminalkommissar der Polizeitrage. Vor längerer Zeit hat ein repositiver Geselle sogar einem Richter den Mantel aus dem Beratunngszimmer entwendet.

Erschossen hat sich am Donnerstag Abend der 56-jährige Kaufmann Eugen Neves an der Culmsstr. 22. Neves, der in der Salowstraße ein Wäschegeschäft betrieb, verheiratete sich im Oktober vorigen Jahres mit einem kaum 20 Jahre alten Mädchen. Eine Nervenkrantheit des Mannes war wohl mit der Veranlassung, daß die junge Ehe sich nicht besonders glücklich gestaltete. Am Donnerstag Abend gegen 8 1/2 Uhr machte der Kranke durch einen Revolver-schuß in seiner Wohnung seinem Leben ein Ende.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den alten internationalen Juwelen- und Uhrendiebstahl Julius Pinke festzunehmen und damit eine für Uhren- und Goldwaarengeschäfte äußerst gefährliche Person auf lange Zeit unschädlich zu machen. Pinke hatte sich in letzter Zeit — er war erst am 22. Januar cr. aus dem Zuchthause entlassen — einen neuen Trick ausgedacht. Er ging in Uhrengeschäfte, verlangte eine Wanduhr mit gutem Schlag- und Schwerk, ließ sich die Uhr von der Wand nehmen oder ging selbst hinter den Ladentisch, um das Uhrwerk zu prüfen und nahm dann einen günstigen Moment wahr, um eine Taschenuhr zu stehlen. Ihm ist wiederholt gelungen, theure, goldene Herren-Uhren, welche bei den Uhrmachern zur Reparatur waren, zu stehlen. Pinke ist in den letzten 26 Jahren in fast allen größeren Städten Deutschlands als Dieb aufgetreten und ist dieserhalb 11 Mal und fast immer mit Zuchthaus bestraft worden. Etwaige weitere Geschädigte wollen sich zur Erstattung von Anzeigen im Polizeipräsidium, Zimmer 97, in den Vormittagsstunden melden.

Freitag Nacht wurde bei einer Schlägerei in der Prenzlauerstraße der 28-jährige Hausdiener Max Glasel von dem Arbeiter Karl Schend durch einen Messerstich in die Brust anscheinend schwer verletzt. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallsstation 10 wurde der Verletzte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Der Thäter wurde verhaftet.

Der wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurtheilte Schächtermeister Lewin ist im Gefängnis in Pödensee gestorben.

Zwei Unglücksfälle, durch welche Kinder betroffen wurden, werden berichtet. Vorgestern geriet der neunjährige Sohn des Rassenboten Jell mit dem linken Bein zwischen die Stäbe eines ungenügend abgedeckten Keller-Lichtschachtes vor dem Hause Friedrichstraße 89a und zog sich eine erhebliche Quetschung des Unterschenkels zu. — Vor dem Hause Oranienstr. 186 wurde nachmittags der sechs-jährige Sohn des Kellners Lüdman durch einen Pferdebahn-Wagen der Linie Görlitzer Bahnhof—Friedrichstraße, dessen Kutscher weder das Gledenzeichen gegeben, noch den Wagen anzuhalten versucht hatte, überfahren und am rechten Bein sehr schwer verletzt. Der Knabe wurde zunächst nach der Wohnung seiner Eltern und später von seinem Vater nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Aus den Nachbarorten.

In der letzten Sitzung des Charlottenburger Stadtverordneten-Kollegiums sind 85 000 Mark zur „Jentenfeier“, wie der urteulische Ausdruck für das sogenannte Nationalfest so geschmackvoll lautet, bewilligt worden. Selbstverständlich protestirten die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Bag er und Bernick gegen die Bewilligung und legten in würdiger Weise die Gründe ihres ablehnenden Standpunktes dar. Dieß hat die Stadtverordnetenmehrheit sehr unangenehm berührt und Veranlassung gegeben, daß mit einem um so größeren patriotischen Eifer das Geld aus dem Stadtsäckel hergegeben wurde. Die Strafe für solches Gebahren ist denn auch auf dem Fuße gefolgt. Als der selbige Pindler, der wie erinnerlich, nach seinem norddeutschen allgemeinen Tode wieder in unserer Nachbarstadt als Redakteur eines kleinen konservativen Blattes aufgefunden ist, von den Vorgängen in der Stadtverordnetenversammlung vernahm, setzte er sich flugs hin und schrieb einen Artikel zur Vernichtung der Sozialdemokratie und zur Verherrlichung der liberalen Mehrheit. Die armen Stadtverordneten thun uns leid um der Strafe, von einem todten Pindler herausgestrichen zu werden.

Die Nizdorfer Gemeindevertretung hielt am Donnerstag Abend eine Sitzung ab. Für die Nationalfeier wurden verschiedene Bewilligungen aus öffentlichen Mitteln verlangt, darunter 2—3000 M. für Beschaffung von Denkschriften für die Schulkinder. Gemeindevertreter Nier sprach sich gegen diese Bewilligung aus, denn die Eltern der Mehrzahl der Kinder würden derartige Denkschriften höchstens in den Ofen werfen. Die Genossen Ostermann und Thomas protestirten energisch gegen jede Bewilligung aus öffentlichen Mitteln. Wer das Bedürfnis habe, Feste zu feiern, möge die Kosten auch aus eigener Tasche decken. Handte es sich um Wohlfahrts-Einrichtungen, heiße es stets, Nizdorf habe kein Geld. Feste aber irgend ein Festsumme statt, dürfe Nizdorf dabei nicht fehlen und sei dann keine Rede von Sparsamkeitsmaßregeln. Die Mehrzahl der Nizdorfer Steuerzahler sei nicht damit einverstanden, daß aus öffentlichen Mitteln derartige Feste besprochen werden. Man lasse die Todten ruhen und denke an die Lebenden. Viele Arbeiter seien in Nizdorf ohne Arbeit und Brot, möge man zunächst dieser Gedanken. — Gemeindevertreter Nahrung, der sonst jede Verbesserung des Ortes mit dem Hinweis abzulehnen pflegt, daß Nizdorf kein Geld dazu habe, trat für Bewilligung öffentlicher Mittel ein, da man dies dem patriotischen Gefühl derjenigen schuldig sei, welche die meisten Steuern zu zahlen hätten. Man möge daher den Schulvorstand ersuchen, die Feier würdig aber billig herzurichten. Trotz des entschiedenen Protestes unserer Genossen wurde die Bewilligung im Nahrung'schen Sinne ausgesprochen, wie dieß bei der Zusammenkunft der Gemeindevertretung nicht anders zu erwarten war. Die übrigen Sachen waren untergeordneter Natur.

Aus Johannisthal wird uns berichtet: Am 18. Februar wollte der sechsjährige Sohn des Arbeiters Häbner einen kleineren Knaben über einen Tümpel tragen. Der arme Junge glitt aber auf dem Eise aus und zog sich bedauerlicherweise einen Oberschenkelbruch zu. Am nächsten Tage prangte eine Bekanntmachung an den Anschlagsäulen, deren Inhalt wir der Kuriosität halber wörtlich wiedergeben: Bekanntmachung: 1. Sämtliche Bürgerseige im hiesigen Orte sind bis Sonnabend, den 20. d. M. nachmittags 6 Uhr von Schnee und Eis zu reinigen, widrigenfalls eine Ordnungsstrafe von 3 Mark eintritt. 2. Die Eltern werden hiermit gewarnt, ihre Kinder bei der jetzigen Glätte nicht in Holzpantinen in den Straßen zu lassen. Die dadurch entstehenden Unfälle müssen den Eltern zur Last fallen. 3. Die Hundebesitzer haben ihre Hunde mit Steuermarken zu versehen, weil sonst eine Ordnungsstrafe von 3 M. eintreten muß. Der Gemeindevorsteher: Schulze.

Eines so fürsorglichen Gemeindevorstehers kann sich nicht jeder Ort rühmen!

Eine neue Heilstätte für Lungenkranke wird in diesem Jahre in der Kirchenhaide bei Belgig errichtet werden. Am letzten Sonntag lud die Professoren v. Leiden und Frankel aus Berlin, als Vertreter des deutschen Centralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke, in Belgig gewesen und haben mit den dortigen städtischen Behörden einen Vertrag abgeschlossen. Das Komitee hat 50 Morgen Grund zum Bau des Sanatoriums und 10 Morgen Acker und Wiesen zur Anlage von Kieffeldern erworben. Das eigentliche Gebäude soll eine Front von 150 Metern erhalten; außerdem werden 2 Seitenflügel, je 100 Meter lang, erbaut. In der Heilstätte, die im Herbst eröffnet werden soll, werden über 200 Kranke Aufnahme finden. Die Stadt Belgig übernimmt die Verpflichtung, gute Wege bis zum Sanatorium herzustellen.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag in der Nizdorfer Bergindranerei: Der daselbst beschäftigte Arbeiter August Krug aus Berlin geriet auf bisher noch nicht festgestellte Weise in eine Transmission und erlitt dabei so erhebliche Verletzungen, daß er nach wenigen Minuten starb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Endlich aufgeklärt ist die Angelegenheit des Gerichtsassessors Rudolf Sattler, dessen Leiche vor drei Jahren in der königlichen Forst bei Köpenick gegenüber Karolinenhof aufgefunden wurde. Da Geld, Wertpapiere und der Ueberzieher, sogar die Hemdenknöpfe fehlten, auch eine Verletzung an der Leiche erkennbar war, so entstand die Frage, ob ein Mord vorliege. Polizei-Inspektor Jüdel in Köpenick entdeckte eine geringe Spur von einem Baumast an dem einen Stiel der Leiche und stellte dadurch fest, daß Sattler einen Baum erklettert und sich aufgehängt hatte, daß also die Verletzung am Auge bei dem Herunterfallen vom Baum entstanden war. Nun blieb die Veranbarung der Leiche noch aufzuklären. Auch dieses ist jetzt gelungen. Es handelt sich um die Arbeiter Schulz'schen Eheleute aus Köpenick mit dem 20-jährigen Sohn Wilhelm und der 16-jährigen Tochter Emma. Die Familie hatte den Forst aufgesucht, um Pilze zu sammeln. Dabei hatte Frau Schulz die Leiche gefunden, die mit dem Gesicht nach unten lag. Die Frau drehte sie um und nahm ihr eine goldene Uhr mit dem Buchstaben B. S., den Ueberzieher, ein Bund Schlüssel, die Handschuhe, 8 goldene Manschettenknöpfe, ein Notizbuch, eine Geldtasche mit 44,50 M. ab. Die Familie verkaufte die Uhr im Oktober v. J. in Berlin, wo sie ermittelt ist. Der Ueberzieher u. s. w. sind im Walde vergraben und noch nicht gefunden. Das Geld wurde dazu benutzt, um der Tochter die Befreiungsgelder zu kaufen. Der Polizei-Inspektor Jüdel hat die Familie, die gefällig ist, Freitag dem Amtsgerichts-Gefängnis in Köpenick eingeliefert.

Kunst und Wissenschaft.

Rosegger als Vorleser braucht sich vor dem Dichter Rosegger durchaus nicht zu verstecken. Das hat der Vortragabend bewiesen, den der Verein Berliner Presse am Donnerstag im Architektenshaus veranstaltete, und an dem einzig und allein das ehemalige Siedr-Schneiderlein aus der grünen Steiermark zum Worte kam. Als der schmächtige Mann mit dem blauen, fast fleisch- und bartlosen Gesicht, der noch heute den Eindruck eines Dorfschullehrers macht, wie man sie vor dreißig Jahren kannte, auf dem Podium erschien, mag wohl mancher der vielen Anwesenden eine Enttäuschung erlebt haben. Dieses bebrühte Mäuschen da oben sollte

der von Witz, Saune und Einfällen überströmende Humorist sein, dessen Namen die ganze deutsche Welt kennt? Nicht möglich. Aber kaum hatte der Dichter Platz genommen und die ersten paar Worte gesprochen, da war alles andere vergessen, jeder stand völlig im Banne des Erzählers. Wie spricht Kofegger? Langsam mit mittlerem Stimmenaufwand, so weit es sich um die fortschreitende Erzählung handelt. Dafür hat er auch einen bestimmten, auf der Mittellage sich bewegenden Ton, den er im allgemeinen festhält. Der schlichte Vortrag erhält Farbe dadurch, daß jeder Vokal voll herausgearbeitet wird, jene halbverschlossenen Doppelsvokale besonders, an denen die süddeutschen Dialekte so reich sind, und durch die sie so anheimelnd wirken. Führt Kofegger eine Person sprechend vor, so richtet er sich ganz nach ihrem Charakter: läßt dem Phlegmatiker seine Worte dehnen wie Gummi, den Cholericer darauf losprüdeln. Und für jede Person hat er eine andere Stimmlage, für den alten jähzornigen Bauer, für den jungen Knecht, man hört sofort, ob ein Mädchen von 20 Jahren spricht, ob eine dicke Person in den Vierzigern oder ein altes Mutterl. Hier ist Kofegger reiner Realist. Auch viel kritischer denn als Dichter ist Kofegger als Vorleser. Das zeigte er schon in der Auswahl der Stücke, die er zum Vortrag brachte. Mit einer einzigen Ausnahme waren es lauter lustige Sachen, kurze, knappe gearbeitete Stücke, bei denen der Hauptcharakter den Schluß bildet. Das erste Stück machte auch in einer anderen Hinsicht eine Ausnahme. Es fand absolut keinen Beifall. Man sagte, es sei unbegreiflich, wie die Söhne eines reichlichen Bauers auf die Schlachtfelder von Wörth und Sedan kommen konnten. Der Einwurf hat eine Berechtigung. Aber nicht aus dieser Ursache wurde in Berlin das Stück abgelehnt. Man sah in diesem Bauer, dem der Krieg seine drei Söhne genommen, einen Ankläger des Militarismus, des Militarismus, von dessen Berechtigung man, d. h. die der Klasse der Besitzenden angehörenden Anwesenden überzeugt ist und aus dessen Weisheit man Vorleserziele zieht. Die Vorlesung war so zahlreich besucht, daß das Sihen stellenweise unbekannt wurde. Schade, daß es keinem Arbeiter möglich geworden, Kofegger auch als Vorleser kennen zu lernen.

Die neue freie Volkshöhle veranstaltet Sonntag, den 28. Februar 2 1/2 Uhr nachmittags eine Vorstellung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Zur Aufführung gelangt: Maria Magdalena, Trauerspiel in 3 Aufzügen von Fr. Schöberl. Die Regie liegt in den Händen des Herrn Wald.

In der heute im Stadt-Theater stattfindenden ersten Aufführung von „In hoch hinaus“ von Marie Wänter, liegen die Hauptrollen in Händen von Frau Vid. Hel. Müller, Ulrich, Arco, Bergmann, Pauli, Sametow, der Herren: Dill, Woch, Schinger, Walter, Beckmann, Reimer, Pauli und Gantenbach.

Gerichts-Beilage.

Ein Bau-Unterschied beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Auf dem Grundstück Viebigstr. 39 wurde im Herbst v. J. mit der Aufführung eines Neubaus begonnen. Am 18. September war der Arbeiter Walde in einer 8 1/2 Meter tiefen Grube mit dem Hinabwerfen von Erde beschäftigt, als eine Seite der Erdwände einbrach und ihn verschüttete. Walde war eine Weile, als man ihn von der auf ihm ruhenden Masse befreit hatte. Der Bauherr Martin Gauthier hatte kurz zuvor die Arbeit des Walde beauftragt und dabei zu einem anderen Arbeiter geäußert: „Wir müssen die Wand wohl abheben, die Sache könnte gefährlich werden.“ Außer Gauthier wurde der Maurer Friedrich Reim, welcher die Arbeiten zu überwachen hatte, für den Unglücksfall verantwortlich gemacht. Im Termin suchte jeder Angeklagte die Schuld von sich ab- und auf den anderen zu wälzen, der Gerichtshof verlangte aber zu der Ansicht, daß beide Angeklagte in gleichem Maße verantwortlich seien und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten.

Wegen der Führung seines in Amerika erworbenen Dokortitels war der Zahnarzt Walle mit dem hiesigen Polizeipräsidenten in Konflikt geraten. Walle ist für das Gebiet des Deutschen Reiches als Zahnarzt approbiert und besitzt außerdem vom Dental College in Philadelphia (Universität für Zahnheilkunde) folgenden Dokortitel: Doctor in arto dentario chirurgico Collegii dentalia Philadelphia. Er hatte nun vor seinem Hause ein Schild anbringen lassen mit der Aufschrift: Doctor chir. dent. Walle, praktischer Zahnarzt. Hieran nahm die Polizei aus ordnungspolizeilichen Gründen Anstoß und verfügte die Entfernung des Schildes. Walle klagte dagegen beim Bezirks-Ausschuß, wurde jedoch abgewiesen. Das Gericht war der Meinung, daß der amerikanische Dokortitel in Deutschland sehr wohl geführt werden dürfe, daß es aber in einer Weise geschehen müsse, die keinen Irrtum zulasse. Die von Walle gebrachte Abkürzung sei indessen geeignet, beim großen, des Lateinischen unkundigen Publikum die irrige Auffassung zu erwecken, daß, wer sich so nenne, Doktor der Chirurgie, d. h. der gesamten Wissenschaften des chirurgischen Gebietes sei. Der Kläger könnte auf seinem Schild den vollen Titel — so wie oben angegeben — anbringen lassen, oder aber Dr. dental Surgeon. Auf die Berufung des Klägers erkannte das Oberverwaltungsgericht zu seinen Gunsten. Zur Begründung führte der Präsident Rommel an, es sei nicht einzusehen, warum der Kläger die Abkürzung Dr. chir. dent. nicht gebrauchen solle. Es wäre nicht anzunehmen, daß diese Bezeichnung jemand in den Irrtum verfallen könnte, man habe es mit einer in der Medizin allgemein gebräuchtesten Person zu thun. Auch aus der Umstellung der Kürzungen dent. chir. in chir. dent. lasse sich die Annahme nicht herleiten.

Wegen Verleumdung der Gendarmen Peters und Schneider in Niddorf hatte sich der Richter Wilhelm Jöllner vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte eines Tages seine von ihm getrennt lebende Ehefrau auf der Straße getroffen und derselben in Gegenwart von Zeugen Schimpfworte zugerufen, aus welchen zu entnehmen war, daß die Frau mit den beiden Gendarmen geschlechtlichen Verkehr pflege. Die Sache kam zur Anzeige und da sowohl die Ehefrau des Angeklagten als auch die Gendarmen jeden intimen Verkehr bestritten, wurde Jöllner zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhobener Konflikt beschäftigte gestern (Freitag) den 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts. Der Kanzler Lang war am 1. April 1893 durch Ministerialbeschuß gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt worden. Er wollte durchaus noch tätig sein, trotz seiner 72 Jahre seinem Könige und Vaterlande zu dienen, und wurde in diesem Sinne vorstellig. Die Einwände, die er gegen die Zwangspensionierung erhob, wurden aber zurückgewiesen. Jetzt verfolgte Lang den Hülfs; indessen verlor er in erster und zweiter Instanz den Prozeß. Zur Zeit schwebt die Sache beim Reichsgericht. Um sich aber auf jeden Fall zu sichern, hatte der alte Herr inzwischen auch noch die beiden Leute auf Schadenersatz verklagt, deren pflichtgemäße Erklärungen über seine weitere Dienstfähigkeit“ der Befehlsung in den Ruhestand zugrunde lagen. Es sind dies erstens der königliche Kommerzienrat und Legationssekretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Bern, von Bülow, und zweitens der kaiserliche Volkshändler in Washington, Freiherr von Thielmann. Beide waren früher bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Hamburg. Dem Herrn von Bülow warf der ehemalige Kanzler vor, die fragliche Erklärung über seine Arbeitsfähigkeit pflichtwidrig falsch abgegeben zu haben, und Herrn v. Thielmann machte er zum Vorwurf, daß er nicht die Folgen des fehlerhaften Attestes seines Vertreters v. Bülow richtig erkannt habe. Der Vorleser des zuständigen Landgerichts I ersuchte nun den Reichskanzler, die Zustellung der Klage an die im Auslande befindlichen Beklagten zu bewirken. Dieser that das aber nicht erst, sondern erhob sofort zu Gunsten der Beamten den Konflikt, indem er geltend machte, Lang's Vorwürfe seien frivol und die Herren v. Bülow und Thielmann hätten pflichtgemäß gehandelt. Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt gestern für zur Zeit unzulässig. Der Konflikt könnte nach dem Konfliktgesetz von 1854

erst dann erhoben werden, wenn das Gerichtsverfahren, wogegen er sich richtet, eingeleitet sei. Zur Einleitung des Verfahrens gehört aber die Klagezustellung und die Zustellung an Personen im Auslande sei noch nicht dann erfolgt, wenn der Reichskanzler darum ersucht worden sei.

Ein Gegen-Befehrsversuch führte dieser Tage die Arbeiter Julius Schulz und Friedrich Meyer aus Schwedenhöhe vor das Schöffengericht zu Tromberg. Am 4. September v. J. hatte Schulz die Studentin Frau M. in seine Stube gelockt, in der sich auch der andere Angeklagte befand. Sch. machte der M. Vorwürfe darüber, daß sie seine Frau beherzt habe, und forderte sie energisch auf, den Zauber von ihr zu nehmen. Der Frau M. wurde es unheimlich und sie versuchte, sich aus dem Staube zu machen. Das verhinderten jedoch die beiden Angeklagten, die sich nun selbst anheischig machten, die schwarzen Zaubereien der Hexe aus der Welt zu schaffen. Zunächst sollte Frau M. über einen vorgehaltenen Besen springen; da sie von diesem Hofapokus aber nichts wissen wollte, so warfen sich die beiden Arbeiter auf sie, und bald lag die ganze Gesellschaft als wirrer Knäuel auf der Erde. Der „Hexe“ wurde dabei, trotz ihrer angeblichen Zauberkünste, gehörig mitgespielt, namentlich that sich dabei Meyer hervor, der sie würgte. Auf das Geschrei der M. kamen die Nachbarn herbei, eine Handspitze wurde auf den Kattentisch in der Stube gerichtet und damit den Gegen-Befehrsversuchen ein Ende gemacht. Schulz behauptete im Termin, er habe die M. garnicht geschlagen, sondern sie nur „bedrängt“, d. h. mit den ausgebreiteten Händen zu Entzauerungszwecken an ihrem Körper heruntergerückt. Meyer, der schon mehrfach vorbestraft ist, erhielt der „Hd. Pr.“ zufolge, wegen Körperverletzung vier Wochen Gefängnis, Schulz kam mit einer Geldstrafe von 30 M. davon. Wie notwendig ist es doch, daß die Sozialdemokratie auch in jene gewalttätigen im Banne der Dummheit erhaltenen Gegenden einiged Licht bringt.

Ein „Mahuruf an die christlichen Bewohner der Stadt Birnbaum und Umgegend“ hatte dem antisemitischen Zigarrenhändler Dunke in Birnbaum eine Gelbstrafe eingetragen. Den Mahuruf, der als Flugblatt gedruckt war und der sich gegen die Juden richtete, hatte D. im Schaufenster seines Zigarrengeschäfts ausgehängt und außerdem war je ein Exemplar der Druckschrift an jeder Seite der Eingangstür zum Laden angeheftet worden. Die Polizei ging gegen ihn wegen Verletzung der §§ 9 und 10 des preussischen Pressgesetzes vor. Danach dürfen Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Ferner darf nach jenen Gesetzesbestimmungen niemand an öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Orts-Polizeibehörde erlangt hat. Dunke beantragte gerichtliche Entscheidung und wurde auch vom Schöffengericht in Birnbaum freigesprochen. Das Landgericht in Merseburg erachtete ihn jedoch für schuldig, die genannten noch rechtsgiltigen Paragraphen des preussischen Pressgesetzes übertreten zu haben, und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Der Strafsatz des Kammergerichts wies aber am 25. Februar die Revision zurück. Die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrtum gefällt worden. Das Anheften und Anheften des Mahurufs enthalte den Thatbestand der fraglichen Gesetzesbestimmung, er sei grundverschieden vom Thatbestand des Verhüllens der Druckschriften. Erhaltene Druckschriften nehme sich jeder mit, vor angeheften sammelte sich aber Menschen an. Für den Fall, daß sich Juden in der Nähe befänden, wären sogar Zusammenstöße zu befürchten gewesen.

Menschenquäerei auf einem deutschen Dampfer. Aus Hamburg wird uns vom gestrigen Tage geschrieben: Nicht bemerkenswerthe Ausführungen machte heute der Reichskommissar Konze-Ramiral v. D. von Przewinski vor dem hiesigen Schöffengericht. Zur Verhandlung stand der Selbstmord des Trimmer's Reinking an Bord des der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft gehörenden Dampfers „Deutschland“. Reinking hat eine Adettenanstalt besucht, hat dann als Einjährig-Freiwilliger gedient und schließlich als Soldat in einer Schlosserwerkstatt gearbeitet. In Rotterdam wurde er ohne Unterbrechung durch einen Geberbaas für den Dampfer „Deutschland“, der auf der Reise nach New-York begriffen war, als Trimmer angestrichelt. Er war in den ersten Tagen der Reise seelisch, mußte seine Arbeit aber ruhig verrichten. Bald klagte er dem dritten Maschinisten Richter, er könne die von ihm geforderte Arbeit nicht leisten, man möge ihn doch im Maschinenraum beschäftigen. Richter stellte dies dem ersten Maschinisten Wästner mit, doch der gab seine Zustimmung dazu nicht, sondern ordnete an, daß Reinking nacharbeiten sollte, wenn er seine Arbeit nicht fertig bekomme. Das diese Anordnung zu bedeuten hat, versteht man, wenn man weiß, welche Arbeit die Trimmer auf dem Dampfer „Deutschland“ zu verrichten hatten. Am 13. Dezember v. J. fand der dritte Maschinist bei der Inspektion, daß Reinking nicht viel geschafft hatte, obwohl er eifrig bemüht war. Unter Bezug auf die Anordnung des ersten Maschinisten Wästner befohl der dritte Maschinist dem Reinking dann, er solle nach Schluß seiner Nacht unten im Raum bleiben und weiterarbeiten. Wenige Augenblicke darauf ging der Trimmer aus dem Maschinenraum fort, um für den Heizer ein Gerüst zu holen, kehrte aber nicht wieder, sondern ging an Bord und sprang unter den Augen des ersten und dritten Steuermanns über Bord. Die Maschine wurde sofort gestoppt, aber es gelang nicht, Reinking zu finden. Nachdem der Reichskommissar heute nun dem ersten Maschinisten Wästner heftige Vorwürfe über sein inhumanes Verhalten dem Verstorbenen gegenüber gemacht hatte, stellte und begründete er folgenden Antrag: „Der als Trimmer auf dem Dampfer „Deutschland“ angestrichelte Reinking ist in Schroffer Weise zu Arbeiten angetrieben, die er nach meiner Ansicht mit dem besten Willen nicht leisten konnte, und dies ist der Grund, weshalb er sich das Leben genommen hat. Ganz besonders schroff und inhuman hat der erste Maschinist Wästner sich dem Reinking gegenüber gezeigt, und ich stelle daher den Antrag, das See-Richt wolle beschließen, den ersten Maschinisten Wästner wegen seines schroffen, inhumanen Verhaltens die Befugnis zur ferneren Ausübung seines Gewerbes als Maschinist erster Klasse zu entziehen.“ Das aus einem Juristen als Vorsitzenden, zwei Ingenieuren und zwei Kapitänen zusammengesetzte See-Richt setzte seinen Spruch in dieser Sache aus.

Ein Musterunternehmer. Der Fabrikbesitzer Max Bömer in Düsseldorf hatte am 21. August v. J. den Arbeiter Warburg wegen „Unbotmäßigkeit“ im Komtoir entlassen und ihn nach erfolgter Abklohnung mit den Worten „Nun schere Dich fort, Du Sämmel!“ das Notizbuch um den Kopf geschlagen. Warburg wollte sich mit geballten Fäusten auf den Angreifer stürzen, wurde aber zur Thür hinaus geworfen. Bei diesem Vorgang hat Bömer mit einem Stock auf Warburg losgeschlagen, wogegen dieser den Polizeibeamten nahm und seinen Gegner nach allen Regeln der Kunst verfolgte. Der Fabrikant wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, wogegen der Arbeiter, bei dem das Gericht Notwehr voraussetzte, freigesprochen wurde. Die Revision, welche Bömer gegen dies Urteil eingelegt hatte, ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden.

Soziales.

Ein bemerkenswertes Urteil über Arbeitsverhältnisse fällt der Fabrikinspektor Jöllath in München in der Einleitung zu den Jahresberichten der bayerischen Fabrikinspektoren. Er sagt: „Der geschäftlich auch im vergangenen Jahre andauernde Aufschwung ist der Arbeiterbevölkerung, alles in allem, nur insofern zu statten gekommen, als die Arbeitslosigkeit eine reichlichere wurde. Eine Vohnsteigerung hat dieselbe nicht bewirkt. Nach manchen Richtungen hin bleiben somit die wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter unbedeutend bedürftig und nur bei Betrachtung eines langen Zeitraumes wird man be-

merken, daß auch hier die Lebenshaltung sich gebessert hat. Der Arbeitsvertrag erhält eine für den Arbeitnehmer allmählig günstigere Regelung, während gleichzeitig die Vorthelle der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze wirksamer zu Tage treten. Immerhin verlangen diese letzteren eine fortschreitende Aufhebung. Auf geistigem Gebiete verrät die Arbeiterbevölkerung allenthalben Empfänglichkeit und Theilnahme. Die gesellschaftliche Verührung der Arbeiterklasse mit anderen Ständen ist vielfeitiger und lebhafter geworden, was dazu beiträgt, ersterer die Erregenschaften der Kultur und Bildung in immer höherem Maße zu vermitteln. Dadurch befestigt sich wiederum die soziale Stellung der Arbeiterschaft und es findet diese in den Arbeiterorganisationen mehr und mehr die geeigneten Vertreter und Vorkämpfer ihrer Interessen. Im ganzen ist ein allmählicher Fortschritt unmerkbar, was um so sympathischer berührt, als er zum Theil der Arbeiterklasse selbst zuzuschreiben ist. Möge diese Entwicklung weder durch Verfolgung eines vom Wege maßvoller sozialer Reform abweichenden Zieles, noch durch eine Art des Vorgehens gefährdet werden, welche die unentbehrliche Mitwirkung anderer Volksklassen, vor allem die der mittheilhaftigen Arbeitgeber, ausschließt.“

Herr v. Stumm hat sich, nach den Professoren, die den Aufruf zu Gunsten der Hamburger Hafenarbeiter erließen, kommt nun auch noch dieser bayerische Fabrikinspektor und lobt dieselben Arbeiterorganisationen als geeignete Vertreter der Arbeiterinteressen, die bei Hofe und im Reichstag in den schwärzesten Farben zu schilbern Herr v. Stumm nicht ermüdet.

Ob der Edle von Neunkirchen nicht bald merkt, daß er mit dem Ritter von der Mancha, der das bekannte Duell mit der Windmühle hatte, die denkbar größte Aehnlichkeit hat?

Ueber das Grubenunglück in dem Braunsholzenwerk bei dem Dorfe Schönow, worüber schon berichtet worden ist, wird uns aus Zielzig unterm 24. Februar noch mitgetheilt: Die Nachricht von einem entsetzlichen Unglück gelangte gestern Abend hierher. Die Grube Schönow, dem Landrath v. Bockeberg gehörend, steht unter Wasser oder ist, wie der sachmännische Ausdruck lautet, „eroffen“. In den Mulden über der Grube hatte sich durch Ansammlung von Schneewässern ein großer See gebildet, der gestern wie mit einem Schläge verschwand. Wie veranlaßt, hat das Wasser durch ein altes Bohrloch sich Eingang in die Schächte verschafft. Auf eine telegraphische Anfrage erhielten wir in Zielzig am Mittwoch Nachmittags die Nachricht, daß 8 Bergleute bei der Katastrophe ihr Leben eingebüßt haben.

Auch die Bäckereinnung in Breslau ist mit ihrem Plan, die Bäckergesellen gegen die Bundesratsverordnung mobil zu machen, lässlich gescheitert. Der Vorstand der Bäckereinnung hatte alle Bäckergesellen Breslau zu einer Versammlung eingeladen, die die Tagesordnung hatte: Besprechung über den Maximalarbeitszeit in Bäckergewerbe. Die Gesellen fühlten jedoch kein menschliches Mitleiden für die bedrängten Meister und stimmten in großer Zahl für das Fortbestehen des Maximalarbeitszeitgesetze.

Der preussische Handelsminister hat Erhebungen über den Umfang der Verwendung farbiger Schiffsmannschaften auf deutschen Schiffen angeordnet. Es sollen auch Gutachten für und wider die Anwerbung abgegeben werden.

Die Militärämter sind bei den Invalideitäts- und Alters-Versicherungsanstalten nach Artikel 12 der Novelle zum Militär-Pensionsgesetz vom 22. Mai 1893 für die Subaltern- und Unterbeamten-Stellungen vorzugsweise zu berücksichtigen. Da die vom Bundesrath zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu dieser Vorschrift noch ausstehen, so hat das Reichs-Versicherungsamt im Einvernehmen mit dem preussischen Kriegsminister „Grundzüge“ vereinbart, die am 1. Januar d. J. in Kraft getreten sind und bis zum Erlaß der erwähnten endgiltigen Bestimmungen des Bundesraths gelten. Danach sind ausschließlich mit Militärämtern zu besetzen: die Stellen im Kanzleidiens, einschließlich der Lohnschreiber, sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen und keine technischen Kenntnisse erfordern. Mindestens zur Hälfte sind mit Militärämtern zu besetzen die Stellen der Subalternbeamten im Bureaudienste, nämlich die Stellen der Sekretäre, Bevollmächtigten, Expedienten, Sekretariats-Assistenten, Bureau-diktatoren, Kassendiktatoren, Registraturvorsteher, Kanzleivorsteher, Registratur-Assistenten, Kartenverwalter u. Wenn für mit Militärämtern zu besetzende Stellen keine Bewerbungen vorliegen, so ist seitens des Vorstandes der Versicherungsanstalt dem zuständigen Bezirkskommando Mitteilung zu machen, und wenn darauf innerhalb sechs Wochen keine Bewerbung eingeht, so hat der Vorstand in der Stellendeckung freie Hand.

Dementirt wird die Nachricht, daß am 1. März in der 191. Zentralversammlung in München der Neunstundentag unter Beibehaltung des bisherigen Tagelohns eingeführt werden sollte. Es mühe ja auch alle deutschen Unternehmerbezirke auf äußerster Betrüben, wenn der bayerische Fiskus einmal mit einer Maßregel zu Gunsten der Arbeiter vorangehen wollte.

In Hannover nahm eine von gut 200 Personen besuchte Versammlung von Post- und Eisenbahn-Unterbeamteten nach dem Vortrage des Postassistenten A. Dieck aus Berlin einstimmig eine Resolution an, welche sich scharf gegen die durch das neue Dienst-Altersstufen-System den Unterbeamten zugefügten Schädigungen und gegen die Nichtberücksichtigung bei der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung wendet. Der Versammlung wohnten auch mehrere höhere Beamte bei.

Unter der Gesunde-Ordnung. Der Direktor des Gefängnisses in Eberfeld, Herr Meerwein, schrieb einem Mädchen, daß bei ihm gebirt hat, folgendes Zeugnis ins Dienstbuch: Eingetretten 15. 10. 96. Ausgetretten 15. 2. 97.

Meerwein, Strafanstaltsdirektor in Eberfeld.

Sofortige Entlassung. Hartnäckiger Angehorsam. Sie war unzufrieden, langsam, träge und unfähig; die Arbeit machte sie unordentlich, weil sie ihre Kräfte nicht kennen wollte. Ehrlich war sie, aber unhöflich und ungeschliffen. Bis zur Bahigkeit gesteigerter Widerprüchigkeit machte sie unelblich. Reichliches Wibellesen — besonders spät Abends, so daß sie des Morgens oft verschiefe, — hatte diese vielen schlechten Eigenschaften nicht gemildert. Sie wurde vielmehr von Tag zu Tag unträglicher. Es hat uns auch kein Dienstmädchen hier ununterbrochen solche Noth gemacht, wie diese noch nicht 20jährige (folgt Name des Mädchens).

Es ist unwahrscheinlich, daß ein Mädchen mit einem solchen Zeugnis je wieder Stellung findet. Weitläufig bemerkt, hat sich hier in Rede stehende Dienstmädchen — wie die Eberfelder „Freie Presse“ mittheilt — bei Antritt seiner Stellung der Anerkennung der Frau Meerwein erfreut.

Wenn schon ein so hoher Beamter, wie es ein Strafanstalts-Direktor ist, ein derartiges Zeugnis schreibt, wie ungenügend mögen mit dem künftigen Wohl und Wehe der Dienstboten erst die unteren Kategorien der „Dienstherren“ umspringen! Die Dienstboten können ja gegen solche Zeugnisse die Intervention der Polizei nachsuchen, aber wie selten getraut sich das ein Mädchen, und was hilft es! Der Dienstherren wird immer mehr geglaubt als dem Dienstmädchen.

Empfinden die Herren von der Regierung nicht selbst, daß angeht eines solchen Zeugnisses, wie es jener Strafanstaltsdirektor schrieb, hinsichtlich der Befehlsordnungen Wandel geschaffen werden muß?

Zum Vanschwinkel. In den Jahren 1886 bis 1895 sind allein in Hamburg über 87 Millionen Mark bei Grundstücks-Subhastationen eingebüßt worden. Die von der Gewerbetreibenden vernommenen Sachverständigen erklärten, daß mindestens 90 pCt. dieser Summe auf Diebstählen und Handwerker kommen.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterwohnungen wird im Juli unter dem Vorhild des ehemaligen Ministerpräsidenten Bernaert und unter dem Protokoll der belgischen Regierung in Brüssel abgehalten. Deutschland, England und Amerika haben bereits Abgeordnete angemeldet, ebenso hat die französische Gesellschaft für billige Arbeiterwohnungen ihre Theilnahme zugesagt.

Veranstaltungen.

Im Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis, der am Donnerstag bei Mörching, Admiralstraße, tagte, hielt Reichstags-Abgeordneter Genosse Stolte einen Vortrag über die fortschreitende Entwicklung der Technik und die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine.

Zehn öffentliche Maurerverfassungen waren zum Mittwoch einkommen, die sich mit dem neu einzuführenden Kontrollsystem für die diesjährige Bauperiode zu befassen hatten.

In der gut besuchten Versammlung im Lokal Königsbank, Frankfurterstraße, referierte Silberschmidt, der auf die Vorteile der vorjährigen Baukontrolle verweisend, die Zweckmäßigkeit des am 1. März einzuführenden Kontrollsystems erörterte.

In der Versammlung bei Gröndel, Brunnenstraße, die sehr stark besucht war, hatte Mehlke das Referat übernommen, der in eingehender Weise die Gründe erläuterte, welche die Maurer zu ihrem Vorgehen veranlassen.

Im Lokale Bismarckshöhe, Charlottenburg gab zunächst Richter einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung und richtete einen lebhaften Appell an die gut besuchte Versammlung, auch fernerehin eine rege Agitation zu entfalten, um bessere Arbeitsverhältnisse schaffen zu können.

In der Versammlung für Rixdorf, die bei Nummer tagte, beleuchtete Gröppler in längerer Ausführungen den Zweck der Kontroll- und Sammelkarten für die Bewegung der diesjährigen Bauperiode.

Die Bäckermeister von Südwest und der Friedrichsstadt wollten mit ihren Gesellen durch leidenschaftliche Aussprache gegenseitige Beziehungen schaffen und hatten zu diesem Zweck am Donnerstag eine Versammlung einberufen, die von Meistern und Gesellen stark besucht war.

„Zugabe- und Rabattnwesen“ und gegen das „Konsumwesen“, denn die Meister hätten nichts zu verschenken. Ein Meister bemerkte, daß die beste Gelegenheit, das Rabattnwesen los zu werden, bei der Einführung des Maximalarbeitsstages gewesen sei.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-9 Uhr: Siedeschule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftssysteme).

Arbeiter-Fingerring Berlin und Umgegend. Vorkonferenz bei Neumann, Wilmersdorferstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Friedrich Kottus, Wilmersdorferstr. 49, b. 2 Tr.

Arbeiter-Konferenz Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Hermann Braunschwieg, Dresdenstr. 80, b. 2, 4 Tr.

Arbeiter-Geselliger Arbeiterverein Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Dresdenstr. 107/8.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen. Sonntag, den 22. Februar 1897, nachmittags 4 Uhr, bei Josef, Androssstraße 21, zur Feier des 6. Stiftungsfestes.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Berliner Arbeiter-Verein. Sonntag, den 22. Februar 1897, vormittags 10 Uhr, Rosenkranzstr. 33: Versammlung freireligiöser Vereine.

Moskau. Der Schachspieler Steinitz, welcher fälschlich todgesagt wurde, befindet sich hier in einer Heilanstalt. Sein Befinden hat sich, dem Vernehmen nach, gebessert.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Ein Arbeitstheoretiker im Sommer. Der Verein hat unserer Meinung nach durchaus richtig gehandelt. Wir haben uns über die Angelegenheit übrigens bereits in Nr. 36 vom 12. Februar geäußert.

Vermischtes vom Tage.

Sehr schlecht berichtet die „Vossische Zeitung“ über unsere Mitteilung betreffend den großen Unfug, der irgendwo in der Ufermark vermittelst des „Wahren Jakob“ verübt worden sein soll.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Die Duisburger sind vor Freude fast närrisch geworden, und wollen zum Bazar nicht nur die Medaillen, sondern auch den Brief „verschärfen“.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1897.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke (Skala 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius (100 = 40° F.). Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Baparanda, Petersburg, Gork, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar 1897. Warm, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Arbeiter-Sängerbund. Berlin und Umgegend. Sonntag, den 7. März 1897, vorm. präzis 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes...

Billigste Bierquelle Berlins. Ich liefere in Berlin und nach den Vororten an jedermann frei ins Haus: 15 Flaschen Pilsenerbier, 1/20 hell Brauerei Friedrichshain 1 Mk.

Ad. Hecht, Berlin N., Chorinerstraße 61.

Literarische Rundschau.

Eugen v. Philippovich: Grundriss der politischen Oekonomie; erster Band: allgemeine Volkswirtschaftslehre. (Zweite vermehrte und verbesserte Auflage; 892 Seiten; Freiburg i. B. und Leipzig, 1897, bei Mohr; Preis 9 M. 40 Pf.)

Schober: Volkswirtschaftslehre. (Fünfte, durchgesehene und vermehrte Auflage, besorgt von Dr. Ed. Schulze; 488 Seiten; Leipzig in Weber's Katechismensammlung 1896; Preis 4 M.)

Erster Supplementband zum Handwörterbuch der Staatswissenschaften; herausgegeben von den Professoren Conrad, Elster, Pegis, Vöning. (904 Seiten; Jena bei G. Fischer 1895; Preis 18 M.)

Das Interesse für ökonomische Erörterungen und damit auch das Interesse für Bücher, welche die allgemeinen Grundsätze und Theorien der nationalökonomischen Wissenschaft in zusammenfassender Weise darzustellen versuchen, ist, wie man es unter den gegebenen sozialen Verhältnissen nicht anders erwarten kann, außerordentlich groß. Der erste Band von Roscher's „System der Volkswirtschaft“, der sich „die Grundlage der Nationalökonomie“ betitelt, hat in 38 Jahren 20 Auflagen erlebt, ein Erfolg, welcher, zu der inneren Hohlheit dieses mit anekdotischem Gelehrsamkeitsballast prunkenden Wertes im schärfsten Mißverhältnis stehend, den allgemeinen Tiefstand des theoretisch-ökonomischen Nachdenkens klassisch dokumentiert.

Und viel über Roscher hinausgekommen sind auch die späteren Grundlegungen und Grundrisse nicht. Adolf Wagner's „Grundlagen der Volkswirtschaft“, die in zwei Halbbänden 1892 und 1893 erschienen, ebenso wie Diebel's in demselben wissenschaftlichen Sammelwerke publizierte theoretische Nationalökonomie, gehören geradezu zu den allererfreulichsten Ereignissen moderner Professoren-Literatur und treiben den in nebelhaften Unklarheiten herumgejagten Leser, der sich nicht durch rechtzeitiges Zulappen der Bände reiten, in die Melancholie schwärzester, hoffnungsloser Langeweile hinein. Der neueste „Grundriss der politischen Oekonomie“, soeben in zweiter verbesselter und vermehrter Auflage erschienen, ist von dem Wiener Professor Philippovich verfaßt, dem Führer der jungen Partei der österreichischen „Sozialpolitiker“, die ein im liberalen Sinne arbeiterfreundliches Programm (so z. B. die Forderung „unbeschränkter Koalitionsfreiheit“, Verletzung des gesetzlichen Maximal-Arbeitstages für alle Fabrikbetriebe, insbesondere Achtstundentag für alle gefährlichen, gesundheitschädlichen und schweren Arbeiten, sowie für die vom Staat, dem Lande und den Kommunen betriebenen Fabriken) zu den österreichischen Reichsrathswahlen angestellt haben. Der „Grundriss“ spiegelt aber diese sympathische Stellungnahme nur sehr unvollkommen wieder, der Hauptvorzug desselben ist formaler Natur: eine klare, vornehme, ebenmäßig gebildete Ausdrucksweise, die gegenüber den Verrentungen des Wagner'schen Stiles doppelt angenehm auffällt.

Aber im wesentlichen stellt auch dieser neue Versuch keinen Fortschritt über das bisher übliche Niveau solcher Zusammenfassungen hinaus dar. Wer die fünf großen Abschnitte des Buches über „das Wesen der Volkswirtschaft“ und ihre „Entwicklungsbedingungen“, über „Produktion und Erwerb“, über „Verkehr“, „Einkommen und Güterverbrauch“, endlich über die „wirtschafts-politischen Ideenrichtungen“ durchgesehen hat, ohne von den Fragen, an welchen die bürgerlich-klassische und die Marx'sche Nationalökonomie gearbeitet hat, sonst etwas zu wissen, der muß die politische Oekonomie für eine außerordentlich bequeme „Wissenschaft“, für eine Sammlung von allerhand Klassifikationen und lose an einander gereihten Betrachtungen halten, durch welche das, was schließlich jeder, der die Augen aufthut, selber sieht, paragrafenweise noch etwas näher verdeutlicht wird. Es bleibt nur dunkel, wie denn, um solche Erkenntnisse zu liefern, ein langwieriger Entwicklungsgang des wissenschaftlichen Denkens und die Bemühungen der scharfsinnigsten Köpfe notwendig waren? Hätte die politische Oekonomie keine anderen Ziele sich gestellt als die, über welche dieser Grundriss handelt, dann wäre es um ihren wissenschaftlichen Charakter übel bestellt, und ihr Ruf in dieser Hinsicht könnte leicht als ein bloßes Erzeugniß der Rhetorik erscheinen.

Wie gänzlich fremd Philippovich den tieferen Problemen, die für den Entwicklungsgang des ökonomischen Denkens entscheidend geworden sind, gegenüber steht, das kommt in seinen Auslassungen über die Rolle der politischen Oekonomie ganz klar zum Ausdruck. Nachdem er auf die „elementaren Thatsachen der Wirtschaft“ und die Entwicklungsstufen des ökonomischen Lebens einen kurzen Rundblick geworfen, behandelt er, damit den allgemeinen Standpunkt seines Buches markierend, die Volkswirtschaft als Gegenstand der „Wissenschaft“, ihre Aufgabe, Systematik und Methode. Die Wirtschaftstheorie, erklärt er in diesem Abschnitte höchst charakteristisch, kann zwei Ziele verfolgen: Sie sucht entweder das dem wirtschaftlichen Leben überhaupt Typische, oder die der gegebenen Wirtschaftsverfassung eines Volkes eigenthümliche Typen und ihre Wechselbeziehungen zu konstatiren.“ Die dem ersten Ziel gewidmeten Untersuchungen bilden den Inhalt der „reinen Theorie“, die dem zweiten Ziele gewidmeten den Inhalt des „empirisch-realistischen Studiums“.

Das „Entweder-oder“ dieser mageren Erklärungen, welches außer der historisch beschreibenden Erörterung bestimmter nationaler Wirtschaftskörper nur das Spintisieren über das allgemeine Prinzip aller Wirtschaftens und die aus diesem Spintisieren für die verschiedenen Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft gezogenen Folgerungen anerkennt, ist gründlich irreführend. So lange man das Wesen der politischen Oekonomie in dieser Weise aufsaßt, übersieht man den Punkt, der vor allem klar erkannt werden muß, wenn man den eigenartigen Gedankengang der großen ökonomischen Theoretiker erfassen will. Nicht das, was „dem wirtschaftlichen Leben überhaupt typisch ist“, sondern das, was für eine ganz bestimmte, nämlich die Waaren produzierende kapitalistische Form des wirtschaftlichen Lebens typisch ist, hat den zwingenden Anlaß zu einer hinter die bloß beschreibende Erörterung zurückgehenden theoretischen Nationalökonomie gegeben.

Das Typische dieser Stufe — ganz allgemein gesprochen — ist es, daß hier die ganze Produktion und die Vertheilung des Produzirten durch den Austausch, den Verkauf aller Waaren gegen Geld, vermittelt wird. Aus dem Verkauf der Waaren (auch die Arbeitskraft wird hier zur Waare) gegen Geld fließt das Einkommen der großen in dieser Produktionsweise sich gegenüberstehenden Klassen (der Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeiter), ihre Lebenshaltung und ihre Entwicklungstendenzen sind dadurch bestimmt. Das gegenseitige Austauschverhältnis der Waaren, welches in den Preisfragen zum Ausdruck kommt, ist das zentrale Faktum, um welches sich alles ökonomische Leben und Streben in der modernen Gesellschaft herum gruppiert. Innerhalb der naturalen, für den Selbstbedarf produzierenden Wirtschaft (z. B. dem bäuerlichen Betriebe früherer Zeiten) sind die Verhältnisse klar und durchsichtig. Die planmäßige Ueberlegung regelt hier alles, und jeder Anlaß fehlt, nach verborgenen wirkenden, ungewollten und unbewußten Gesetzen des wirtschaftlichen Prozesses zu forschen. Sobald aber Produktion und Vertheilung durch den Austausch vermittelt werden, erhält die Oekonomie einen hiervon grundverschiedenen Charakter. Der einheitliche Wille, der innerhalb der naturalen Wirtschaft alles planmäßig anordnet, verschwindet und an seine Stelle tritt das von entgegen gesetzten Interessen beehrte freie Handeln der Käufer und Verkäufer. Der Preisfall, den die Waaren so erzielen, hängt natür-

lich nicht vom Zufall ab, aber die Regel, welche ihn bestimmt, kann aus der planmäßigen Ueberlegung, die in der naturalen Wirtschaft ordnendes Prinzip ist, offenbar in keiner Weise abgeleitet werden. Die Erkenntnis dieser den Waarenaustausch bestimmenden, hinter dem Willen und Bewußtsein der einzelnen Individuen verborgenen Regel, ist indessen nothwendig das Ziel jeder ernsthaft theoretischen Nationalökonomie. Nur darum, weil diese Regel einerseits etwas Verborgenes ist und weil andererseits aus ihr, wenn sie richtig erkannt ist, eine Reihe anderer den Arbeitslohn, den Gewinnsatz und die Grundrente bestimmender Regeln abgeleitet werden kann, nur darum erhält die ökonomische Betrachtung, soweit sie sich auf die moderne Volkswirtschaft bezieht, einen über den Charakter gewöhnlicher Beschreibung und Erklärung hinausgehenden, spezifisch theoretischen und deduktiven Charakter. Es entsteht die Frage, ob nicht unabhängig von dem Bewußtsein der auf dem Markte mit einander feilschenden Personen, die Austauschverhältnisse und Preise sich schließlich nach der in den Produkten verkörperten Arbeitszeit bestimmen; und dieses ist dann der Punkt, der für die Methode oder den Gedankengang der ökonomischen Theorien in letzter Instanz entscheidend wird. Man untersucht (so gehen vor allem Ricardo und Marx in ihren Werken vor), welche weitere Folgerungen aus dieser allgemeinen Annahme, daß der Tauschwerth der Waare von der zu ihrer Produktion nothwendigen Arbeitszeit abhängt, sich ziehen lassen, und ob diese Folgerungen mit den in der wirklichen Volkswirtschaft gegebenen Erscheinungen übereinstimmen? Insbesondere, ob der durchschnittliche Arbeitslohn, die Durchschnittshöhe der Gewinnmarge und die Thatsache der Grundrente, aus jener an die Spitze der Untersuchung gestellten allgemeinen Regel des Austausches direkt oder mittelbar, unter Voraussetzung bestimmter Modifikationen, ableitbar sind? Dies ist die wirkliche Methode der theoretischen Nationalökonomie, die einzige, durch welche die mannigfaltigen Erscheinungen der Waaren produzierenden Gesellschaft einheitlich, von einem obersten Gesichtspunkt aus begriffen werden können. Nur indem man auf diese Gedankenentwicklung zurückgeht, wird es verständlich, daß die theoretische Nationalökonomie denn doch etwas anderes als eine Sammlung bunt nebeneinander gestellter Klassifikationen ist, daß ihre Herausbildung das Erzeugniß tiefer, genialer Denkarbeit war.

Von einem „Grundriss der politischen Oekonomie“ sollte man billigerweise erwarten, daß der Verfasser diese großartigen Versuche, Einheit und Gesetzmäßigkeit in die Erkenntnis des modernen Kapitalismus zu bringen, anschaulich in ihrer Eigenart vorführt und, wenn er ihnen nicht bestimmen kann, sich in prinzipieller Weise mit ihnen auseinandersetzt. Philippovich aber macht nicht einmal einen Anlauf dazu; überhaupt sieht er jedes Streben einheitlicher Zusammenfassung und Erklärung der Erscheinungen offenbar gänzlich interesselos gegenüber; der behandelte Stoff ist nur äußerlich einheitlich und fällt, bei dem Mangel jedes tieferen theoretischen Strebens, breit und zusammenhanglos auseinander.

So bringt es der Verfasser z. B. fertig, im zweiten Buche „Die Arbeit“, „Das Land“, „Kapital“ und „Vermögen“, im dritten Buche unter anderen das „Wesen des freien Wettbewerbes“ zu behandeln, während die Voraussetzung, mit Bezug auf welche alle diese Erscheinungen theoretisch erst zu untersuchen wären, nämlich die Regel des Waarenaustausches: die Werth- und Preisbildung, ganz hinten nach im dritten Buche abgehandelt wird. In der äußeren Anordnung des Stoffes drückt sich die ganze Art des Denkens aus. Die Tauschwerthbildung selbst wird überdies nach der heute üblichen psychologischen Manier durch das Zurückgehen auf die individuelle Werthschätzung der Gebrauchsgüter erklärt. Dabei entschlüpft aber dem Verfasser das diese ganze Erklärungsweise über den Haufen werfende Gefühlniß, daß die Waarenverkäufer in der modernen Volkswirtschaft, die ja ihre eigenen Waaren nicht selber konsumiren können, gar nicht in der Lage sind, den Tauschwerth ihrer Produkte nach dem Prinzip des individuellen Gebrauchswertes, des sogenannten Grenznutzens, abzuschätzen. Was diese sogenannte „Grenznutzenstheorie“ dann überhaupt noch soll, bleibt ein Geheimniß.

Innerer Unklarheit und Zusammenhanglosigkeit erscheinen und so trotz der äußerlich eleganten und klaren Ausdrucksweise als die charakteristischen Kennzeichen auch dieses neuesten Grundrisses. Im Namen der „politischen Oekonomie“, die immerhin aus eine große Vergangenheit zurückblickt, muß Einspruch gegen solche, gerade das Wesentliche bei Seite schiebenden und den theoretischen Sinn völlig abstampfenden Darstellungen erhoben werden. Die mancherlei nützlichen Einzelkenntnisse, die auch in dieser Form vermittelt werden, bilden keinen Ersatz hierfür.

Ueber Schober's „Volkswirtschaftslehre“, die im Vorjahre in 5. Auflage, neuherausgegeben von Herrn Dr. Schulze, in der Weber'schen Katechismensammlung erschien, wäre prinzipiell dasselbe wie über den Philippovich'schen Grundriss zu sagen, nur daß diese Arbeit von vornehmerein den Charakter der Kompilation an sich trägt. Der ursprünglichen Darstellung lagen, wie es im Vorwort heißt, vornehmlich die Kompendien von Roscher und Rangoldt zu Grunde, für die neue Auflage wurden neben anderen Lehrbüchern auch die von Philippovich und Wagner herangezogen. Zur allgemeinen Orientierung kann dieser leicht zugängliche Extrakt aus den markt gängigen Lehrbüchern, der in der neuesten Auflage auch mit einiger sozialpolitischen Kritik versehen ist, immerhin empfohlen werden. Es wäre zu weit gegangen, wollte man den Maßstab, nach dem wir das Philippovich'sche als Originalarbeit sich präsentirende Werk beurtheilen mußten, auch an diese anspruchslose Zusammenstellung anlegen.

Natürlich fehlt auch hier die übliche Ueberlegung des Sozialismus nicht, und einer der vom Verfasser formulirten Einwürfe — das sei bei dieser Gelegenheit hervorgehoben — weist in der That auf eine unferees Erachtens veraltete, aber traditionell auch noch im Erfurter Programm festgehaltene Anschauung hin. Wie soll, fragt der Verfasser, wenn die Entwicklung nothwendig die Unsicherheit, das Elend, der Drud, die Anechtung, die Erniedrigung, die Ausbeutung der proletarischen Klasse immer mehr verschärft, diese Klasse später einmal in der Lage sein, das Staatsruder energisch zu ergreifen und die Form der Gesellschaft dem eigenen Interesse entsprechend umzugestalten? Und weiter muß man natürlich fragen, findet diese wachsende Verelendung thatsächlich statt, hat sich nicht die allgemeine ökonomische Lage, und damit die reale Basis energischer zielbewußter politischer Thätigkeit, im Laufe der kapitalistischen Entwicklung gebildet? Jedensfalls bildet doch der Satz, daß die Gesamtlage des Proletariats dauernd elender werde, keine Voraussetzung, von der die moderne Sozialdemokratie den Sieg ihrer Bestrebungen abhängig glaubt, im Gegentheil ist sie der Ansicht, daß mit dem ökonomischen Fortschritt der Arbeiter auch ihr ökonomisch-politisches Fortschrittsstreben um so kräftiger hervortritt. Der hier von Schober und ebenso von anderen erhobene Einspruch ist wohl der Bedeutung auch in sozialistischen Kreisen werth. So hat Genosse R a m p f e r ganz neuerdings im Januarheft der „Sozialistischen Monatshefte“ diesen Punkt zum Gegenstande einer interessanten Kritik gemacht. Die Lehre, daß das Elend nothwendig immer weiter wachse und daß die Steigerung des Elends treibende Kraft der sozialistischen Umgestaltung sei, erscheint ihm in der dialektischen Auffassung des jungen Marx, nicht aber in den realen Verhältnissen, wie sie sich seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes ent-

wickelt haben, begründet zu sein. Er tritt daher, zumal diese Lehre mit der Taktik, die unsere Partei in den politischen und ökonomischen Tageskämpfen thatsächlich befolgt, sehr wenig im Einklange steht, für eine entsprechende Revision des Erfurter Programms ein. Es wäre sicher sehr zu wünschen, daß in gründlicher Diskussion unsere Stellung zu diesen Fragen geklärt wird. Heutzutage laufen noch ganz entgegenge setzte Anschauungen, so außer der Lehre von dem steigenden Elend, die Lehre von dem „Hineinwachsen der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft“, ungeklärt neben einander her.

Zu dem großen, in 6 mächtigen Bänden vorliegenden „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ ist vor geraumer Zeit bereits der erste Supplementband erschienen. Wir brauchen auf dies Werk, das früher auch im „Vorwärts“ ausführlich besprochen wurde, hier nicht näher einzugehen. Es spiegelt den gegenwärtigen Stand der ökonomischen Forschung, sowohl die theoretische Ohnmacht, von der wir oben handelten, als auch auf der anderen Seite den großen Fortschritt in der Kenntniß der ökonomischen Einzelthatsachen wieder. Ein gewaltiger Wissensstoff ist, wenn auch ohne einheitliche Gesichtspunkte, in diesen Bänden verarbeitet und zu allgemeinem Gebrauche ausgezeichnet worden. Die Darstellung ist klar und eindringlich und jedem, der auf ökonomisch-politischem Gebiete arbeitet, wird diese übersichtliche Revue der Thatsachen ausgezeichnete Dienste leisten. Die stete Entwicklung der Oekonomie und der ökonomischen Gesetzgebung lassen jede solche Darstellung natürlich veralten rasch; das einzige Gegenmittel, zu welchem auch die Redaktion des Handwörterbuches gegriffen hat, ist die Herausgabe von Supplementbänden, in denen die neuen Erscheinungen mit verarbeitet sind. So bringt dieser erste Ergänzungsband vom Jahre 1895, um die dem Arbeiterinteresse naheliegenden Auffänge zu erwähnen, eine ausführliche Analyse der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Juni 1891, einen Artikel über die Eröffnung der Gewerbegerichte auf Grundlage des deutschen Gesetzes vom Jahre 1890, eine Uebersicht über die Arbeitseinstellungen und Gewerkevereine in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Amerika bis auf die Jahre 1888 und 1894 hin. Die neueren Reformen im Arbeitsnachweis und die Reformpläne, um das Elend der Arbeitslosigkeit auf dem Wege der Zwangsversicherung zu mildern, finden eine Besprechung. Der Aufsatz über Arbeitszeit enthält bei aller Kürze mancherlei interessante Angaben, unter anderem auch über die Ausdehnung und die Wirkungen des Achtstundentages mit Bezug auf die Arbeitsleistung. Natürlich fehlen auch Nachträge zu der neueren Geschichte des Anarchismus und der Sozialdemokratie nicht.

Als Stichprobe der wunderbaren Weisheit, die sich hier an einzelnen Stellen breit macht, sei nur erwähnt, daß der Verfasser, Herr Professor Adler, die sozialistische Partei als ein immer wachsendes „Hinderniß für die gesunde Fortentwicklung der sozialen Reform“ erklärt und schließlich in den pathetischen Ausruf ausbricht: „Was alles hätten die Massen bei einer realistischen Politik der Arbeiterpartei zumal unter den heutigen verfahrenen Parteiverhältnissen und bei der arbeiterfreundlichen Gesinnung des gegenwärtigen Trägers der Krone, dem Staate an arbeiterfreundlichen Gesetzen und was alles der Bourgeoisie an Konzeptionen... abringen können.“ Man sieht, auch an heiteren Seiten fehlt es nicht ganz in diesem trockenen Bande! Es wäre sehr zu wünschen, daß aus diesem Wörterbuch, dessen Preis eine Verbreitung in weiteren Volkstheilen unmöglich macht, ein kurzer billiger Auszug hergestellt würde, der das allgemein Interessirende, vor allem das, was auf die Arbeiterverhältnisse Bezug hat, in knapper Weise und unter Weglassung von philosophischen Sentenzen im Adler'schen Stile populär zusammenfaßt.

C. S.

Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Wegien, Hamburg, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8, ist nunmehr auch die zweite Broschüre: „Mißstände im Baugewerbe, eine Arbeiterdarstellung“, erschienen. Die Einleitung der Schrift giebt in kurzen Umrissen eine Schilderung der Befindungen der Menschen früherer Perioden, die Entwicklung des Bauwesens, Konstruktion und Stil und hebt die Fähigkeiten im Bauwesen früherer Jahrhunderte im Gegensatz zur Neuzeit hervor. So den spekulativen und ausschweifenden, ein Auswuchs des heutigen Bauwesens, werden alsdann unter Hinweis auf den Ausfall von Handwerkerforderungen eingehend besprochen und der hieraus sich ergebende Verlust an Arbeitslöhnen treffend illustriert. Eine Besprechung des Hypothekenrechts, verbunden mit einem Gesetzentwurf des Ausschusses des Berliner Gewerbevereins an den Bundesrath, den Schutz der Bauarbeiter betreffend, sowie ein Verzeichniß des Verlustes an Hypotheken der Stadt Hamburg mit Vororten, die Jahre 1886 bis 1894 umfassend, vervollständigen diesen Abschnitt.

Das Submissionsverfahren wird einer scharfen Kritik unterworfen und als Beispiele die im Submissionsverfahren vergebenen öffentlichen staatlichen oder städtischen Bauten angezogen. Die Herausgeberin weist hierbei nach, wie bei vielen Submissionen die Unternehmer sich bewußter unerhörter Unterbreitung schuldig machen, um die Lieferanten der zu verbrauchenden Materialien nach Möglichkeit zu drücken, den Bau unter Umgehung der Ausführungsbedingungen durch betrügerische Manipulationen mit möglichst geringem Kostenaufwande herzustellen; an Arbeitslöhnen zu sparen bzw. möglichst viel Arbeitsleistung aus den Arbeitern herauszupressen.

Die heutigen Zustände auf den Bauten selbst, besonders die Sicherheitsvorkehrungen auf denselben, bezüglich der Gerüststellungen und der hierzu zur Verwendung kommenden Materialien sowie der Materialtransport auf den Bauten nehmen im weiteren in sehr umfangreicher Weise den Inhalt der Broschüre in Anspruch. Das Material zu dieser Besprechung ist von Bauarbeitern, die besonders hierzu beauftragt waren, in 102 Städten gesammelt und zwar sind zu diesem Zwecke 24 Städte mit über 100 000, 19 Städte mit 50—100 000, 30 Städte mit 20—50 000 und 20 Städte mit 5—20 000 Einwohnern besucht worden. Das gesammelte Material ist in ausführlicher, verständlicher Weise wiedergegeben und verdient dieser Theil der Broschüre ganz besondere Beachtung.

Im weiteren Verlauf wird alsdann die heutige Arbeiterschutz-Gesetzgebung für Bauten; allgemeine Strafbestimmungen; gewerbegesetzliche Vorschriften; berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung und städtische Schutzvorschriften behandelt. Die Ausgaben der Berufsgenossenschaften für Unfallverhütung sowie die Art der Unfallfälle selbst, die Entschädigung an Verletzte, die Folgen der Verletzungen bei völliger oder theilweiser Erwerbsunfähigkeit und die bei Verunglückungen vorgekommenen Todesfälle sind tabellarisch wiedergegeben, umfassen die Jahre 1888—1895, und bilden ein sehr schätzbares Material zur Verwendung in Versammlungen, die sich mit diesem Thema befassen. Die Herausgeber beschränken sich aber nicht nur darauf, die unerhörten Zustände, welche auf den Bauten vorhanden sind, einer Kritik zu unterwerfen, sie machen auch zum Schluß Reformvorschlüge auf diesem Gebiete, die der Sachkenntniß nicht entbehren. Die Herausgeber bezeichnen die vorliegende Schrift als „Anlage-schrift“ und sie ist es in des Wortes vollster Bedeutung. Der Preis von 60 Pf. pro Exemplar sollte niemanden in Bauarbeiterkreisen abhalten, sich in den Besitz der Broschüre zu bringen.

j—

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ Berlin hielt am Dienstag bei Gröndel, Brunnenstraße, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Dr. Sütgen u. a. über: „Darwinismus und Sozialismus“ referierte. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen. In beifälliger Weise äußerte sich über die von dem Referenten gemachten Ausführungen auch ein Redner der National-Sozialen, wobei derselbe aber nicht unterlassen konnte, den religiösen Standpunkt dieser Richtung zu betonen. Nachdem der Vorsitzende zum Anschluß an den Verein und zur regen Verbreitung der Arbeiterpresse aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 6. März im Feenpalast statt. Willens hierzu sind in allen Jahrestellen zu haben.

Eine Volksversammlung für die Parteigenossinnen und Genossen im 6. Wahlkreis, einberufen von der Vertrauensperson der Frauen, tagte am 23. Februar im Swinemünder Gesellschaftshaus. Die Beifügung an der Versammlung war leider eine nur mäßige. Reichstags-Abgeordneter Vueb, der das Referat übernommen, hatte sich zum Vortragsthema „Die Frau und die Politik“ gestellt. Wiederholte Zustimmungsbewegungen und lebhaftes Bravo zum Schluß der interessanten Ausführungen bekräftigten, wie treffend der Vortragende es verstanden hatte, die von den Versammelten selbst gehegten Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Nach einer kurzen Diskussion in Anlehnung an den gehörten Vortrag schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dreifachem Hoch auf die sozialdemokratische Frauenbewegung, in welches die Anwesenden freudig mit einstimmten.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 15. Februar er. im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, eine gut besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt erstattete der Redakteur P. E. Gold den Kassensbericht für das 4. Quartal 1896. Danach betrug die Einnahme 11 821,25 M., die Ausgabe 7694,51 M., erzieht eine Mehreinnahme von 4127,34 M., hierzu der Bestand vom 3. Quartal in Höhe von 17 599,93 M., verbleibt am 31. Dezember 1896 ein Vorbestand von 21 727,27 M. Nachdem die Revisoren erklärt, daß sie Bücher, Belege und Baarbestand in bester Ordnung gefunden, entlosste die Versammlung einstimmig den Redanten. Des weiteren teilte der Redant noch mit, daß durch die schlechte Geschäftsführung des Bezirkskassierers Krebs der Verbandskasse ein Defizit von 267 M. entstanden sei, welche sich Krebs verpflichtet habe, in wöchentlichen Raten von je 5 M. zu decken. Zum 2. Punkt wurden an stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder die Kollegen Stalky zum Schriftführer und Brud zum Kassierer für den Norden gewählt. Zum 3. Punkt erläuterte der Vorsitzende Litjin die gegenwärtig vom Verband geführten Streiks. Er legt die Gründe klar, welche dazu zwängen, den Streik bei der Firma Zimmermann u. Busch aufzuheben. Bei der Gesellschaft „Zahnpreisangeiger“ sei die Aufhebung des Streiks ebenfalls notwendig gewesen. Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten des Vorstandes einverstanden. Des weiteren wird beschlossen, den Streik und die Sperre über die Firma Zimmermann und Buchloch aufzuheben. Zum Punkt 4 „Stellungnahme zum Sommerfest“ wurde beschlossen, in diesem Jahr ein Sommerfest abzuhalten. Die Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen. Zum letzten Punkt bewilligte die Versammlung einem in Noth gerathenen Kollegen eine Unterstützung von 50 M. Der Antrag des Kollegen Beer, ihm von der seinerzeit verloren gegangenen Summe 75 M. zu bewilligen, wird abgelehnt und die Regelung dieser Angelegenheit dem Vorstand übertragen.

Die Buchbinder hielten am 17. Februar ihre regelmäßige Generalversammlung ab, in der Schmidt zunächst den Geschäftsbericht vom IV. Quartal 1896 gab. Derselben ist zu entnehmen: Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 11 Sitzungen. Es wurden ferner zwei Mitglieder, ein General- und zwei außerordentliche General-Versammlungen abgehalten. Der Mitgliederbestand habe wiederum ganz erfreulich zugenommen, so daß am Schluß des Quartals 1705 männliche und 1119 weibliche, in Summa 2824 Mitglieder zu verzeichnen sind. Er verlas dann die Namen einer Reihe von Kollegen, welche sich während des Streiks unehrliche Handlungen haben zu schulden kommen lassen und beantragt im Namen des Vorstandes, dieselben nach § 8 b des Statuts aus dem Verband auszuschließen. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Den Kassensbericht gab Christian. Die Einnahme der Lokalkasse inkl. Bestand vom 3. Quartal betrug 4136,23 M., dem eine Ausgabe von 2027,80 M. gegenübersteht. Somit ist ein Bestand von 1509,04 M. vorhanden. Für die Zentralkasse ist eine Einnahme von 7101,19 M. und eine Ausgabe von 2670,64 M. zu verzeichnen. Demnach sind 4430,55 M. an die Zentralkasse abzuliefern. Auf Antrag der Revisoren, welche bestätigen, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dem Bericht vom Arbeits-Nachweis ist folgendes zu entnehmen: Im Laufe des Quartals meldeten sich 550 männliche und 285 weibliche Personen als arbeitslos. Darunter befanden sich 38 männliche und 55 weibliche Personen, welche nicht Mitglieder des Verbandes waren. Verlangt wurden 196 männliche und 274 weibliche Arbeiter. Ferner zur Ausschilfe bis zu einem Tage 201 Arbeiter; außerdem zur Ausschilfe bis zu drei Tagen 16 Arbeiter. Befehzt wurden 113 Stellen von Männern und 121 von Frauen. Die Ausschilstellen bis zu einem Tage wurden sämtlich, die bis zu drei Tagen jedoch nur in 10 Fällen besetzt. Die geringe Besetzung der eingelaufenen Stellen ist einerseits auf die Nichtbezahlung des Minimums (21 M.), andererseits auf den Mangel an geeigneten Kräften für die Spezialbranchen zurückzuführen. Hieraus folgte der Bericht der Bibliothekkommission. Die Einnahme 86,14 M., die Ausgabe 90,89 M., verbleibt ein Kassensbestand von 5,25 M. Die Zahl der Bücher ist von 285 auf 421 im Laufe des Quartals gestiegen; benützt wurde dieselbe in 456 Fällen von männlichen und in 198 Fällen von weiblichen Mitgliedern. In der hierauf folgenden Diskussion sprach man sich mißbilligend über die geringe Benutzung der Bibliothek aus. Den Grund glaubte man darin suchen zu müssen, daß dieselbe in einem Restaurant sei, wodurch dem Entleer der moralische Pflicht entsteht, Ausgaben zu gunsten des Wirtes zu machen, was hauptsächlich bei den Arbeiterinnen Anstoß erregt. Aus diesem Grunde wurde ein Antrag angenommen, die Bibliothek von Annenstraße 16 nach Annenstr. 50 (Arbeitsnachweis) zu verlegen. Die Rechtschutz-Kommission nahm Abstand Bericht zu erstatten, da derselbe in Nr. 4 der Buchbinder-Zeitung in sehr ausführlicher Weise bereits gegeben sei. Die Abrechnung vom Sanssouci-Vergnügen gab Hinz. Die Einnahme betrug 605,50 M., die Ausgabe 278,50 M., somit verbleibt ein Ueberschuß von 327,20 M. Gleichzeitig machte er auf unser am 13. März d. J. stattfindendes Stiftungsfest, welches in Cohn's Festhallen, Deutscherstraße, gefeiert wird, aufmerksam und ersuchte um regen Besuch. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes bemerkt Schmidt, da man ihn wieder zum Vorsitzenden vorgeschlagen, man möge von seiner Person Abstand nehmen; da sich jedoch niemand weiter fand, so versprach er, das Amt bis zur nächsten Generalversammlung zu führen. Als 2. Vorsitzender wurde F. Mayer gewählt. Als 1. Schriftführer Schmidleucht, als 2. Schriftführer Wilske; als 1. Kassierer Seyfarth und als Weisshende Frische, Berger, Frau Greisenberg, M. Meyer und Rahsmann; als Revisoren Christian, Wolf und Ligner; als Hilfskassierer Winter, Kronfeld, Wikert und Hob. In die Bibliothekkommission wählte man Hoffmann, Remte, Hellrich und Fräulein Mendt.

Die Filiale des Allgemeinen deutschen Tapeziers-Vereins hörte am 17. Februar in ihrer Mitglieder-Versammlung einen Vortrag des Genossen Heymann über das Wesen des Klassenkampfes. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten kamen einzelne Werkstattverhältnisse zur Sprache, speziell

wurde gerügt, daß die Tapezierer im Schloß schon seit längerer Zeit Ueberstunden machen.

Die Berliner Mitgliedschaft des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands hielt am 18. d. M. ihre regelmäßige Sitzung ab. Herr Jarehli referierte über „Gerhart Hauptmann und seine Werke“. Alsdann machte Danziger noch auf unser am 3. April stattfindendes Stiftungsfest aufmerksam. Ueber einen von ihm gestellten Vorschlag der Gründung einer Gesangs-Gesellschaft entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher namentlich Heyer, Eichelhardt, Jaddach dagegen Stellung nahmen. Nachdem Kollege Bauer noch einige Stellen ausgelesen hatte, erwähnte Kollege Schälts, daß am 3. März eine öffentliche Versammlung der Bureau-Angestellten in Charlottenburg tage.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen hielt am 19. Februar ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Trusch hielt einen Vortrag über „Die gewerkschaftliche Bewegung und was haben wir für eine Lehre daraus zu ziehen?“ Redner beleuchtete an der Hand einer guten Statistik die letzten großen Streiks, Maler, Fensterputzer, Zimmerleute, Gasarbeiter und den Hamburger Streik. Der Referent kam zu dem Schluß, daß infolge der Maßregelungen das Heer der Arbeitslosen und die kleinen Leute dadurch in großem Maßstabe vermehrt würden. Er besprach dann noch die verschiedenen Gesetze, insbesondere die Gewerbe-Novelle und betonte, daß zu gunsten der Großunternehmer verschiedene Ausnahmen zugelassen werden. Ferner beleuchtete er das Institut der Sachverständigen in der Zentral-Markthalle. Der Sachverständige, der sein Gutachten über Pfefferlinge abgegeben hat, ist extra angestellt, ist aber nicht anwesend, sondern wohnt in der Potsdamerstraße, sodas der Kleinhandlervergewungen ist, mit seinem Wagen dorthin zu fahren. Hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Ferner machte der Vorsitzende auf das Vergnügen am 21. März aufmerksam. Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß einer Kollegin Wittwe Eckert ein Handwagen gestohlen ist. Kollege Schulz machte nochmals auf den Kongreß der lokalorganisierten Gewerkschaften aufmerksam, doch wurde dieser Punkt der vorgedachten Zeit wegen zu einer Versammlung im März vertagt. Einem kranken Kollegen wurden aus der Vereinsklasse 3 M. bewilligt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins und Umgegend hielt am Freitag, den 19. Februar, beim Kollegen Bernicke, Charlottenburg, seine Mitglieder-Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Hoffmann einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Zu Punkt 2: Wie verschaffen wir uns billige Kohlenfäure, theilte Kollege Henke zunächst mit, daß die Kohlenfäure-Fabrikanten einen Ring gebildet haben, ein sog. Kohlenfäure-Syndikat, um eine Preissteigerung der Kohlenfäure hervorzurufen. In weiterer Folge kommt Kollege Henke in seinen Ausführungen auf die von selten des „Deutschen Gaskocher-Verbandes“ in Aussicht genommene Gründung eines eigenen Kohlenfäure-Werkes und empfiehlt den Kollegen, das Unternehmen zu unterstützen. Kollege Lorenz bezweifelt, daß Kollegen, welche nicht Mitglied des Verbandes sind, Abnehmer werden können. Auf Grund der Ausführungen von Lorenz wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt, welche mit dem Zeichner des Antrags in Verbindung treten soll. Zur Aufnahme hatten sich vier Kollegen gemeldet. Nach Erledigung einiger nicht nennenswerther Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Jahreshalle Berlin II. des Verbandes deutscher Maurer hielt am 21. d. M. eine Mitglieder-Versammlung für den Wedding und Norden ab. Der Referent, Kollege Silberschmidt, sprach über das Thema: Der Werth der gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen und der zentralen im besonderen. Eine Diskussion folgte dem ausgezeichneten Vortrage nicht. Unter Gewerkschaftlichen wurde die Kaufmann Feld und Franke erwähnt, die wiederum zu Klagen Veranlassung giebt. Nachdem noch mitgeteilt wurde, daß der Van Bessel- und Friedrichs-Strassen-Gaue immer noch gesperrt ist, erfolgte der Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Im Fachverein der Stellmacher hielt in der Versammlung vom 21. d. M. Genosse Wagner einen Vortrag über: „Verbrechen und Vergehen.“ — Gerügt wurde das Vorgehen des Fabrikanten Kühlflein in Charlottenburg, welcher versucht, die 4-stündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Es wird beschlossen, bei der Direktion deswegen vorstellig zu werden. Nach Mittheilungen eines Kollegen, werden die Lehrlinge des Meisters Freitag in der Stannenstrasse angehalten, bis 10 und 11 Uhr des Abends zu arbeiten. Man will darüber an geeigneter Stelle Beschwerde führen. Im Monat März soll die Mitglieder-Versammlung ausfallen.

Konditionen. Am 21. Februar hielten die Konditionen eine öffentliche Versammlung bei Bernau ab. Das einleitende Referat hatte Genosse Wagner übernommen, der in vorzüglicher Weise über: „Volksbildung und Klassenbewußtsein“ sprach. Sodann wurde eine Agitationskommission, bestehend aus den Kollegen Mäge, Weissenstein und Sieben, sowie den drei Erfahrenen Haase, Ringer und Brühl, und zum Gewerkschaftsdelegierten Stell und zum Erfahrmann Pignus gewählt. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß die nächste Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, bei Babel stattfindet, schloß er die Versammlung. Ein gemüthliches Beisammensein hielt die Anwesenden noch einige Stunden zusammen.

Eine gut besuchte Versammlung der Stodarbeiter tagte am 22. d. M. in Joel's Festhallen. Zunächst ehrten die Anwesenden durch Erheben von der Plätze das Andenken an den kürzlich verstorbenen Kollegen Reigenstein. Alsdann referierte Genosse Blaurock über den Zusammenschluß der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands. Redner empfahl den Zusammenschluß aller Lokalorganisationen und die Gründung einer Zeitung. Viele Gewerkschaften hätten hierzu schon ihr Jawort gegeben. Gleichzeitig ersucht er die Anwesenden, zu dem zu diesem Zweck baldigst stattfindenden Kongreß einen Delegierten zu entsenden. Kollege Hildebrandt ist für lokale Organisation, wünscht aber bei event. Anschluß die materielle Seite als Hauptfrage zu betrachten. Frau Gubela erklärt sich ebenfalls für lokale Organisation und fordert energisch zum Anschluß und zur Beschickung des Kongresses auf. Nachdem noch verschiedene Redner darauf hinwiesen, daß diese Frage heute unmöglich entschieden werden könne, wurde beschlossen, auch einen Vertreter des Gasarbeiter-Verbandes zur nächsten Versammlung heranzuziehen, und alsdann folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich in Prinzip mit der Beschickung des von Blaurock angeregten Kongresses einverstanden und überweist das weitere einer späteren Versammlung.“ — Hierauf beleuchtete Kollege Hildebrandt die Zustände in der Fabrik des Herrn Mehlhoff. In dieser „Musterwerkstatt“ werden arbeitsfähige, jugendliche Arbeiter, d. h. Arbeiter im Alter von 16 und 17 Jahren beschäftigt für einen Lohn von 12 M. Auch das Verhalten der Schöne, namentlich der Arbeiterinnen gegenüber, wurde tabelnd hervorgehoben. Vor kurzer Zeit bot der Fabrikant einem ausgelehrten Kollegen ganze 12 M. Schutzvorrichtungen sind entweder gar nicht oder in sehr mangelhaftem Zustand vorhanden. In dem vierstöckigen Fabrikgebäude befindet sich eine Leiter, die der Maschine meist im Gebrauch hat. Um Ventilation zu schaffen, wird der Schacht des Fabrikschiffes geöffnet und zur Sicherheit eine Kette vorgehängt. Es ist im vorigen Jahr vorgekommen, daß ein Kollege, als er in den Hof hinuntergehen wollte, mit der Kette unsehrbar in den Schacht gestürzt wäre, wenn er nicht noch rechtzeitig das Beilief sah, an dem er sich herunterließ. In dieser Fabrik, wo infolge der eigenartigen Fabrikation täglich viel Abfälle erzeugt werden, wird nur Sonnabends gereinigt; es haben sich dann hohe Berge von allerlei Schmutz und Abfällen angesammelt. Als der Fabrikinspektor im vorigen Jahre revidierte, trat eine Aenderung ein, aber nur 8 Tage. Durch den Streik 1890 wurde die Arbeitszeit auf 9 Stunden reduziert, leider nur ein halbes Jahr. Der Fabrikant jammerte den Arbeitern vor, er könne nicht existieren, und die Arbeiter arbeiteten wieder wie

vorher 10 Stunden, trotzdem Herr Mehlhoff in dieser Zeit zwei Neubauten ausführen ließ. Die Debatte beschäftigte im wesentlichen die Ausführungen des Referenten, und gelobten die Kollegen, sich zusammenzutun, um event. im Frühjahr selbst für menschenwürdige Zustände zu sorgen. Zum Schluß wurden als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder die Kollegen Eisert und Born in die Agitationskommission gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Lackierer fand bei nur mäßiger Beteiligung am 22. Februar im Feuerstein'schen Lokale statt. In seinem einleitenden Referat beleuchtete W. Bösch den wirtschaftlichen Aufschwung, der sich 1894-95 bemerkbar machte, er schilderte in kurzen Zügen die im vergangenen Jahre stattgehabten Kämpfe der Arbeiter, und kam schließlich auf die Verhältnisse in der Lackierbranche zu sprechen, die, was Arbeitszeit, Lohnverhältnis und hygienische Verhältnisse anbetreffte, durchaus nach Verbesserung und Besserung schreien. Dem mit warmem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, aus welcher hervorging, daß man gewillt sei, auf der ganzen Linie für die Bekämpfung der neunstündigen Arbeitszeit einzutreten. Begründet wurde diese Forderung hauptsächlich dadurch, daß seitens einiger Zunftmeister vor kurzem ein Vorstoß versucht wurde, die in manchen Betrieben bereits eingeführte neunstündige Arbeitszeit wieder auf 10 Stunden auszuweihen. Definitive Beschlußfassung wurde jedoch einer über 8 oder 14 Tage einzuberufenden Versammlung vorbehalten, für deren besseren Besuch energischer Propaganda zu machen sei. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß nun, nach Beendigung des Hamburger Streiks wieder die 10 Pf. Fondsmarken in Betrieb gelangen.

Verband der Möbelholzer, Filiale Südost. In der Versammlung vom 22. d. M. hielt Genosse Dr. Semmel einen sehr interessanten Vortrag über „Die Walfahrt der menschlichen Rasse“. An der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Schulz und Meier. Vor Schluß der Versammlung forderte Heinrich Schulz die Kollegen auf, sich keine Abzüge gefallen zu lassen und auch keine Ueberstunden zu machen. Wenn der Unternehmer ein solches Gesuch stellen sollte, solle man ihm sofort Mittheilung machen, damit die Kommission in Thätigkeit treten kann.

In einer öffentlichen Versammlung der Püher, die am Montag im Louisenstädtischen Konzerthaus tagte, referierte Dähne über die neue Unfallnovelle. In sachgemäßer Weise, gestützt auf seine praktischen Erfahrungen als Schiedsgerichtsbekannter, beleuchtete der Redner sowohl die verschiedenen Mängel der Novelle, als auch die vorgenommenen Verbesserungen einzelner Paragraphen und beantwortete sodann diejenigen Forderungen, die der Arbeitervertreter-Verein in seinem Entwurf zum Unfallversicherungs-Gesetz aufgestellt hat, als notwendig und zeitgemäß. Nach kurzer Diskussion, an der sich im zustimmenden Sinne Budha, Dietrich, Grothmann und andere theilnahmen, gelangte folgende Resolution, die an den Reichstag abgehandelt werden soll, zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung der Püher etc. erklärt nach dem eingehenden Referat des Kollegen Dähne die von der Reichsregierung eingebrachte Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz für durchaus ungenügend, indem dieselbe nicht einmal die allerdinglichsten Forderungen der Arbeiter erfüllt, welche dieselben zum Schutze ihres Lebens und zur Wahrung ihrer Rechte zu stellen gezwungen sind. Da im Entwurf neben geringen Verbesserungen bedeutende Verschlechterungen enthalten, andererseits gerade die wichtigsten Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt geblieben sind, so erwartet die Versammlung vom deutschen Reichstag, daß er die Novelle einer gründlichen Prüfung unterzieht und die Arbeiter zu ihren Rechten verhilft. Die Versammlung erkennt ferner die in der Petition des Berliner Arbeitervertreter-Vereins gemachten Wänderungs-vorschläge als durchaus berechtigt an und hält sie für das Minimum dessen, was die Arbeiter in anbeacht der gefährlichen technischen Anforderungen und der ziellosen wirtschaftlichen Verhältnisse zu fordern gezwungen sind und macht deshalb diese Vorschläge zu den übrigen.“ Dem Arbeitervertreter-Verein wurden zur Deckung der Kosten, die ihm insbesondere durch die Drucklegung der Petition in großer Auflage entstanden sind, 50 M. bewilligt. Eine längere Debatte entspann sich über den weiteren Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Püher Berlins und Umgegend zu einem Arbeitsnachweis?“ Hierzu lag von der Kommission ein Entwurf vor, in dem die Bestimmungen für den eventuell einzurichtenden Arbeitsnachweis (enthalten waren. Von den verschiedenen Rednern bekämpften einige eine derartige Einrichtung überhaupt, andere beschränkten sich darauf, die Vorlage der Kommission zu kritisieren. Ein Beschluß hierüber wurde nicht gefaßt. Wie mitgeteilt wurde, soll in dieser Sache eine Urabstimmung vorgenommen und in einer demnächst stattfindenden großen Versammlung endgültig über diese Frage entschieden werden.

Die Handelskassensarbeiter hielten am 23. Februar eine öffentliche Versammlung in den Arminhallen ab. In der Diskussion über die Abrechnung vom Streik der Privatpost-Angestellten wurde von den Anhängern der lokalen Richtung der Anstellung des Kongresses in Altenburg, den Ueberschuß der Zentralverbandskasse zu überweisen, auf das beifällig angegriffen. Schumann verließ hierauf eine detaillierte Abrechnung, die von Streiter als geprüft und richtig befunden wurde. Energischer Protest wird gegen diese Abrechnung seitens Klein's und Albedi's eingelegt. Nach einer langen Auseinandersetzung, die sich fast ausschließlich mit persönlichen Dingen beschäftigte, einigte sich die Versammlung dahin, die Abrechnung durch die Gewerkschaftskommission revidieren zu lassen. Folgende Resolution gelangte mit 74 gegen 51 Stimmen zur Annahme: Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die Ueberweisung der Ueberschüsse vom Privatpost-Streit an den Zentralverband und beschließt, den Gesamtüberschuß nach Abzug der Gerichtskosten der Berliner Gewerkschaftskommission, als Vertretung der gesammten Berliner Arbeiterkraft, zu überweisen. Ferner bewilligte die Versammlung an Schumann ein Manatgeld von 20 M. Im nächsten Punkt der Tagesordnung erstatteten die bisherigen Vertrauensleute Bericht über ihre Thätigkeit im Jahre 1896. Auch über diesen Gegenstand findet eine bis nach 1 Uhr nachts andauernde heftige Debatte statt, die ausschließlich in persönlichen Geschäftsigkeiten und Vorwürfen gipfelt. Schließlich wird je ein Vertreter der lokalen und zentralen Richtung zum Vertrauensmann gewählt. Im Punkt Verschiedenes erhebt sich bei einer Mittheilung Kräfers über angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Kassenführung Kräfers ein solcher Tumult, daß der überwachende Beamte Miene macht, die Versammlung aufzulösen, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

In der Platzdeputierten-Versammlung der Berliner Zimmerer berichtete am 21. Februar die Lohnkommission über die diesjährigen Platzsperrn. Von den drei bis jetzt geführten Sperrn sind zwei zu gunsten der Arbeiter beendet, wohingegen diejenige über das Geschäft von Kleme u. Ullrich noch nicht entschieden ist, da besonders die Polizeibehörde von Tempelhof dort wird die Arbeit fertig gestellt jeden Verkehr mit den Arbeitswilligen verhinderte. Dieselben werden vom Bahnhof abgeholt und auch wieder am Abend hinfögeleitet. Auch wurde lebhaft über das Verhalten des Herrn Kleme Klage geführt; so verlangte er unter anderem von den dort Arbeitenden, der Kommission einfach zu erklären, daß der Stundenlohn von 55 Pf. gezahlt werde, trotzdem er weniger zahle. Da die Lohnkommission jetzt sehr mit Arbeit überhäuft und auch die Organisationen ungleich in derselben vertreten waren, wurde dieselbe um 2 Personen verstärkt, sodas derselben nunmehr angehören: Th. Fischer, G. Hoff, D. Viel, C. Gaud, G. Rube, Charlottenburg und G. Weber. Der dritte Punkt, Einführung eines Arbeitsnachweises, wurde, nachdem Fischer über denselben referierte, der vorgedachten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Schöneberg. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins vom 22. Februar hielt Dr. Werschardt einen besänftigenden Vortrag über: „Die geistige Arbeit in der zukünftigen Gesellschaft.“ Die Diskussion, die sich dem interessanten Vortrag anschloß, bewegte sich im Sinne des Referats. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten und der Bekanntgabe, daß Genosse Benz über „Revolutionen früher und jetzt“ am 3. März im Bildungsverein sprechen wird, wurde die Versammlung geschlossen.

Vom 1. bis 10. März werden ohne Rücksicht des wirklichen Werthes sämtliche Frühjahrs-Neuheiten in Kleiderstoffen für 1 Mark pr. Meter verkauft.

Sonstiger Preis 1,50, 2,00, 2,50 M.

Es bietet sich eine nie wiederkehrende günstige Gelegenheit zum Einkauf für den Frühjahrsbedarf.

M. Grünberg Nachf., Inhaber: Adolf Jacob,
Berlin N., 181 Müllerstraße 181,
am Wedding-Platz.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

Liefert Schuhwaaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgeperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen Bellealliancestrasse 98,99 und Rosenhalerstrasse 68,64 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
 München, Sendlingerstr. 10.
 Dachauerstr. 83.
 Landsbergerstr. 7.
 Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 29.
 Düsseldorf, Widmannstr. 21.
 Köln a. Rh., Eigelstein 66.
 Bremen, Haulenstraße 75.
 Hannover, Ringelmarkt 7a.
 Hamburg, Bergrstraße 8a.
 Leipzig, Seigerstraße 37.
 Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundlag ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
 Damenstiefel von M. 3,50. Herrenstiefel von M. 5,75.
 Zu der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — anerkannt niedrigen Preisen — Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl franco an Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot uns. bekannte Spezialität, kosten 3/4 Met. schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug 10 M.
 Anerkennungs schreiben u. Nachbestellungen übel!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
 Bitten genau zu adressieren.

Ginsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Sammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 189.
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Für 36 Mark

feine Anzüge nach Maß. Für 30 M.
 Sommer-Paletot nach Maß. Für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
 Gehrod-Anzüge zu billigen Preisen.
 Groß-Stofflager. 11356
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hiltshke**, gegründet 1872, Stallstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Rottbuser Thor.

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rolentstr. 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Uhren, Goldwaren Grosse Auswahl! **H. Zimmermann**
 Billige Preise. Uhrmacher u. Juwelier
Oranienstrasse 206.



Was bringt Mampé's Flaschenpost?

Hackescher Markt 4, **J. Brünn** Am Stadtbahnhof „Börse“
 Ecke Neue Promenade.

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Zeppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Seinentwaaren!
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Verehrte Damen!

Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten Frühjahrsjaccons, Blumen, Federn, Hüte, Perlant: Bänder, Schleier, Tulle, kurz Alles zum **Engrospreise** was zur Garnitur gehört. Federn waschen, kränzein 25 Pf., nur kränzein 10 Pf.
Paul Lentge, Kommandantenstr. 77/79, Laden 2, Industrie-Geb.

Album- u. Lederwaaren-Fabrik

Oskar Gundau, Str. 30.
 Ecke Halberstraße.
 Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmuckgegenstände zu billigen Preisen.
 In Sammet oder Leder
2,75 Mark in größter Auswahl

Musikinstrumente

aller Art. Vortheilhafte Bezugsquelle Garantie Musik.
 Pracht-Katalog 112 Seiten portofrei.
G. Schubert & Co.
 Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Rein Baden.) 9820

Schulz' Festsäle, vorm. Paster

Neue König-Strasse 7.
 Jeden Donnerstag: **6000**
Damen-Kränzchen.
 Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
 Vereinszimmer. Saal für Vorstellungen
 lungen frei. **Ed. Schulz**, Geschäft

Herrenhüte
 in neuesten Formen und Farben
Engl. Haarhüte 4,- M.
 Einsegnungshüte 1,- M.
 verkauft wieder einzeln zu bes.
 sonnt bligen Preisen 11108*
Die Fabrik, Grüner Weg 2
 1. Etage.

Jede Uhr
 repariren und reinigen
 kostet bei mir unter
 Garantie d. Gutgehens
 nur 1 Mark 50 Pf.
 außer Bruch, kleine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regu-
 latoren und Weder, alle Arten
 Ketten, sowie Brillen u. Pinneten.
*** Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Strasse 35.

Herren-Hüte 65 Pf.
 Bessere Hüte, enorm billig,
 verkauft aus der Fabrik
 im Komptoir
Garni-Strasse 4/5,
Kastanien-Allee 101.
 Sonntags geöffnet.

Möbel. Wegen Mangel an Raum
 sollen mehrere komplette
 Einrichtungen in der Tischerei Rd
 miralstraße 7 zum Selbstkostenpreis
 schleunigst überverkauft werden.
 134,6 **Wahler, Tischlermeister.**

Möbel, Spiegel
 und
Polsterwaaren
 Reelle
 Waare. **Ganze**
Wohnungs-
Einrichtungen
 in Nussbaum u. Mahag.
 zu soliden Preisen.
Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, Allee 14.

Achtung! Künstliche Zähne von 3 M. an,
 Zweif. wöchentl. 1 M., wird abgeholt.
 Zahnleihen, Zahnreinen, Herstellungs-
 bei Befehlung umsonst.
Guckel, Lustigerplatz 2, Uffaher-
 str. 12, Straligerstr. 71 I.

Wassersucht, Magenleiden,
Asthma ist heilbar. Reich gratis
 durch **F. Wardenkötter,**
 7, Dönhof, Weiskien (altst. gel. Kellerstr.)

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig.
 1 Stück Lanolinseife und ein reines
 Handtuch liefert ich f. 10 Pf. v. Woche.
 Handtuch-Berleth-Juhl & Rigner,
 Neue Königstr. 17.
 Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Brauerei
Bichelsdorf
 Cefalon: **Otto Starck**
 ladet zum
Bock-Anstich
 ein. 10442*
 Jeden Sonntag von nach-
 mittags 4 Uhr ab: Großer Ball bei
 zwei Orchestern. Garbeholz frei.

**R. Scheere, Blumen-
 Gr. Vereinszimmer frei Dienstags
 und Freitags.**

Achtung! Vereine! Achtung!
„Englischer Garten“
 Alexanderstr. 27a
 ist besonderer Umstände halber der
 große Saal am 27. März (Son-
 abend) frei geworden. 11342*

Schulz' Festsäle, vorm. Paster
 Neue König-Strasse 7.
 Jeden Donnerstag: **6000**
Damen-Kränzchen.
 Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
 Vereinszimmer. Saal für Vorstellun-
 gen frei. **Ed. Schulz**, Geschäft

Geschäfts-Eröffnung
Anfang März
Waren-Haus Fr. Pfingst & Co., Berlin C.
Königstrasse 33
Ecke Neue Friedrichstrasse
in der Nähe der Central-Markthalle an dem Bahnhof Alexanderplatz.